

Politik und Religion in der empirischen Politikwissenschaft

Abstract

Der Beitrag führt aus politikwissenschaftlicher Perspektive in die Grundlagen und den Stand der Forschung zum interdisziplinären Forschungsfeld Politik und Religion ein. Ausgehend vom aktuellen Schweizer Beispiel der Konzernverantwortungsinitiative wird vor allem die Frage behandelt, wie das komplexe Verhältnis der beiden Größen Politik und Religion empirisch angemessen untersucht und analysiert werden kann (1). Dazu werden zuerst schlaglichtartig Hinweise zur bisherigen Beschäftigung mit Religion in der Politikwissenschaft gegeben (2). Es folgen Arbeitsdefinitionen der Schlüsselbegriffe Politik und Religion mit Hinweisen zur Bedeutung von Konzepten und Theorien, in deren Kontext sie stehen (können) (3). Der anschließende Abschnitt ist empirisch ausgerichtet. Er hebt die politikwissenschaftliche Herangehensweise an die Analyse des Zusammenhangs von Politik und Religion hervor und präsentiert unterschiedliche politik- bzw. sozialwissenschaftliche Erklärungsmodelle im Feld von Politik und Religion anhand eines Fallbeispiels. Einerseits geht es um Varianten kausalen Erklärens, andererseits um heuristische Erklärungsmodelle politischen Entscheidens in systemischen Kontexten, die in der Lage sind, Macht und Einfluss von Religionen in politischen Systemen zu erhellen (4). Der Ausblick hebt den forschungspraktischen Nutzen der angebotenen Perspektiven und Analysetools sowie die Anschlussmöglichkeiten zur inter- und transdisziplinären Forschung und Perspektiven zukünftiger Forschung hervor (5).

1) Ein „komplexes Gefüge komplexer Größen“. Einleitung

Politische Gewalt im Namen Gottes – genau diese Vorstellung verbinden heutzutage viele Menschen fast automatisch mit dem Verhältnis von Politik und Religion. Und wichtige, welthistorische Ereignisse scheinen ihnen recht zu geben: die verheerenden Anschläge islamistischer Terroristen am 11. September 2001 auf das World Trade Center und das amerikanische Verteidigungsministerium, die Anschläge von London, Madrid und Paris, das Attentat auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, die zeitweisen Eroberungen des sogenannten Islamischen Staats und dessen weltweite Serie von Anschlägen und der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf Israel seien beispielhaft genannt. In der Tat ist das Verhältnis von Religion und politischer Gewalt ein zentrales Thema (vgl.

* Universität Luzern

die Beiträge Manea 2024 und Saal und Liedhegener 2024 im vorliegenden Band). Man muss aber zunächst daran erinnern, dass Politik und Religion ein Thema von welthistorischer Größe und Bedeutung ist, das sehr viel vielschichtiger und facettenreicher ist. Religionen spielen weltweit eine wichtige Rolle in Gesellschaft und Politik. Selbst in den sich vielfach als säkular verstehenden Gesellschaften der westlichen Welt ist das Verhältnis von Politik und Religion deutlich relevanter, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Ein Beispiel: Am 29. November 2020 lag der Schweizer Wählerschaft ein Entscheid von weltweiter Tragweite zur Abstimmung vor, die „Konzernverantwortungsinitiative (KVI)“. Die Annahme der Initiative, die von einem breiten Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, Hilfswerken und Personen des öffentlichen Lebens getragen wurde, hätte bedeutet, dass in der Schweiz ansässige Unternehmen für Menschenrechtsverstöße und Umweltschäden, die sie oder ihre Zulieferer in anderen Ländern, d.h. vor allem im globalen Süden, zu verantworten haben, nach Schweizer Recht hätten belangt werden können. Juristisch bzw. gesetzgeberisch ging es darum, ein wirksames Lieferkettengesetz auf dem Wege eines Verfassungszusatzes für die Schweiz zu schaffen. Obwohl das Anliegen in der öffentlichen Diskussion grundsätzlich allgemein geteilt wurde – wie hätte man es auch ablehnen wollen? –, blieben die KVI und die von ihr angestrebte rechtliche Haftung selbst höchst umstritten (vgl. hier und im Folgenden: <https://swissvotes.ch/vote/636.00>, abgerufen am 3.5.2021). Vor allem Schweizer Großkonzerne, die im Rohstoff- und Nahrungsmittelhandel involviert sind, fürchteten um die finanziellen Folgen, die aus der Schadenshaftung entstehen würden. Im Abstimmungskampf lehnten der Bundesrat, der National- und Ständerat, die FDP, Die Liberalen (FDP) und Schweizerische Volkspartei (SVP) sowie der Großteil der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP, heute Die Mitte) ab. Für die Annahme setzten sich so verschiedene Parteien wie die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP, heute auch Die Mitte), die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU), die Evangelische Volkspartei (EVP), die Grünliberale Partei (GLP), die Grüne Partei der Schweiz (GPS) und einige Splitterparteien ein. Abweichend zur Bundespartei befürworteten auch einige CVP-Kantonsparteien die KVI. Und schließlich standen zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure auf der Seite der KVI. Hier reihten sich auch kirchliche Akteure ein, etwa die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz, die Schweizer Bischofskonferenz, die Schweizerische Evangelische Allianz, der Verband der Freikirchen Schweiz oder der Katholische Frauenbund. Zum Kennzeichen ihres Einsatzes für die Initiative wurden die auffallenden

orangen Banner der KVI, die von Schweizer Kirchen und Kirchengebäuden wehten. Nicht alle Kirchenmitglieder waren damit einverstanden. Zur Abstimmung an der Urne standen der Text der KVI und ein indirekter Gegenvorschlag des Parlaments, der neue Berichtspflichten, aber keine juristische Haftung vorsah. Die KVI wurde ganz knapp abgelehnt. Sie erhielt eine hauchdünne Mehrheit von 50,7 Prozent unter den Abstimmenden, scheiterte schlussendlich jedoch – wie von der Kampagne der Gegner anvisiert – am Ständemehr: Auf Kantonsebene stimmte nur in acht Kantonen und im Halbkanton Basel-Stadt eine Mehrheit für die KVI. Hatte das Engagement der Kirchen einen Effekt auf das Stimmverhalten? Durften sich die Kirchen überhaupt politisch so exponieren? War ihr Einsatz ein Gebot christlicher Nächstenliebe oder eine politische Torheit?

Die KVI steht als ein international beachtetes und zugleich überraschendes Beispiel stellvertretend dafür, dass das Verhältnis von Politik und Religion auch in liberalen Demokratien trotz Säkularisierung und grundsätzlicher Trennung von Staat und Religion spannungs- und konfliktreich bleibt. Bei anderen politischen Streitfällen ist der Zusammenhang zur Religion noch offenkundiger. Ob es um das Verbot des muslimischen Schleiertragens, das Verbot von Kreuzen in öffentlichen Schulen, das rituelle Schächten, das für Juden wie Muslime gleich wichtig ist, die Kirchensteuer oder den Religionsunterricht in Schulen geht, immer sind Politik und Gesetzgeber gefordert, Lösungen anzubieten und verbindliche Entscheidungen zu schaffen.

Die Analyse politischer Konflikte und Entscheide und ihrer Kontexte, Bedingungen und Ursachen ist eine, wenn nicht *die* Kernaufgabe der Politikwissenschaft. Religion gehört zwingend dazu, auch wenn die Politikwissenschaft dies lange Zeit gerne nicht wahrhaben wollte (siehe 2). Was aber sind bzw. meinen ‚Politik‘ und ‚Religion‘ und wie lassen sie sich politikwissenschaftlich analysieren? Antworten auf diese Fragen werden im vorliegenden Beitrag präsentiert. Dabei kann vieles hier nur angerissen werden, aber die zitierte Literatur erlaubt es, allen Aspekten vertiefend nachzugehen. Viele Konzepte der Politikwissenschaft sind genereller Natur und lassen sich damit auf politische Systeme aller Art – also von totalitären Diktaturen über autoritäre Systeme und defekte Demokratien bis hin zu etablierten liberalen Demokratien wie der Schweiz oder Deutschland mit ihren verfassungsmäßig abgesicherten Menschenrechtsstandards – anwenden. Die Politikwissenschaft weist anders als viele andere Wissenschaften zudem einen gewissen Konsens auf, was unter Religion zu verstehen ist. Die eigentlichen Schwierigkeiten entstehen für sie vor allem aus der gleichzeitigen Bezugnahme auf beide Größen und deren Vielfalt und ihren kaum

abschließend erfassbaren Interaktionen und Wechselwirkungen. Zu Recht ist das Verhältnis beider Größen als ein „ein komplexes Gefüge komplexer Größen“ beschrieben worden (Schneider 1997). Komplexität meint hier die in ihren Effekten nicht immer klar vorhersagbaren Zusammenhänge und Wechselwirkungen unterschiedlicher sozialer Systeme auf den verschiedenen Ebenen des Sozialen, d.h. auf Mikro-, Meso- und Makroebene (siehe unten). Die Frage nach der Möglichkeit einer angemessenen empirischen Untersuchung der Komplexität und Interaktion der beiden Größen Politik und Religion steht dementsprechend im Mittelpunkt des Beitrags. Dies soll vor allem geschehen vor dem Erfahrungshintergrund freier Gesellschaften, d.h. die vorgestellten Konzepte werden auf liberale Demokratien hin ausgelegt und entfaltet.

Um die Einordnung in die Politikwissenschaft zu erleichtern, beginnt der Beitrag mit einer kurzen Skizze der bisherigen Auseinandersetzung der Politikwissenschaft mit Religion als einem politisch relevanten Untersuchungsgegenstand (2). Anschließend werden die beiden Kernbegriffe des Beitrags definiert und erläutert sowie Hinweise zu ergänzenden Konzepten und Theorien gegeben (3). Der anschließende Abschnitt ist empirisch ausgerichtet. Er hebt die politikwissenschaftliche Herangehensweise an die Analyse des Zusammenhangs von Politik und Religion hervor und präsentiert unterschiedliche politik- bzw. sozialwissenschaftliche Erklärungsmodelle im Feld von Politik und Religion anhand des Fallbeispiels. Einerseits geht es um Varianten kausalen Erklärens, andererseits um heuristische Erklärungsmodelle politischen Entscheidens in systemischen Kontexten, die in der Lage sind, Macht und Einfluss von Religionen in politischen Systemen zu erhellen (4). Der Ausblick hebt den forschungspraktischen Nutzen der angebotenen Perspektiven und Analysetools sowie die Anschlussmöglichkeiten zur inter- und transdisziplinären Forschung sowie Perspektiven zukünftiger Forschung hervor (5).

2) Politik und Religion in der Politikwissenschaft. Hinweise zur Fachgeschichte

In vielen älteren Einführungstexten zu Politik und Religion wird – für damalige Verhältnisse zu Recht – betont, dass das Forschungsfeld Politik und Religion innerhalb der Politikwissenschaft bestenfalls randständig sei (Minkenberg und Willems 2003). Im Mainstream der Politikwissenschaft galt Religion angesichts der massiven Säkularisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als irrelevantes, im Großen und Ganzen erschöpftes

Thema (Pelinka 2005). Diese Meinung war in den meisten Subdisziplinen der Politikwissenschaft vorherrschend. Weder die Regierungslehre noch die Vergleichende Politikwissenschaft noch die Internationalen Beziehungen maßen Religion eine Bedeutung für die Politikwissenschaft zu. Am ehesten war das Thema Religion noch in der politischen Ideengeschichte bzw. politischen Theorie aufgehoben (Bärsch et al. 2005; Hidalgo und Polke 2017; Stein 2004). Hier war man sich bewusst, dass der Ursprung der eigenen wissenschaftlichen Disziplin mit der Frage nach dem richtigen Verhältnis von Staat und Religion bzw. Kirche in der Moderne auf das Engste verknüpft ist. Thomas Hobbes (1588–1651), Montesquieu (1689–1755), Jean-Jacques Rousseau (1712–1778), Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831), Alexis de Tocqueville (1805–1859), Karl Marx (1818–1883), John Rawls (1921–2002) – all diese unterschiedlichen (Vor-)Denker der politischen Moderne haben das Thema variantenreich aufgegriffen. Sie sind bleibende Referenzpunkte für die Beschäftigung der heutigen politischen Theorie mit Religion (Butler et al. 2011; Casanova 1994; Habermas 2019; Hidalgo und Polke 2017; Taylor 2009). Ergänzend sind aktuell vor allem Einflüsse der französischen Denker wie Michel Foucault und Pierre Bourdieu und der (amerikanischen) *Postcolonial Studies* zu nennen (vgl. einführend die entsprechenden Beiträge in Hidalgo und Polke 2017).

Die Politikwissenschaft als Disziplin insgesamt hat hingegen diesen in der Öffentlichkeit durchaus beachteten Stimmen der politischen Theorie geraume Zeit wenig Beachtung geschenkt. Seit den späten 1950er Jahren hat sich ausgehend von den USA weltweit eine Ausrichtung der Disziplin am empirisch-analytischen Paradigma wissenschaftlicher Erkenntnis (siehe unten) und damit eine sehr starke Orientierung an der empirischen Forschung durchgesetzt (vgl. exemplarisch den Ansatz in Bernauer et al. 2022), oftmals unter Rückgriff auf *Rational choice*-Ansätze (vgl. mit Hinweisen zu diesen Ansätzen Köhrsen 2024). Damit schwanden die Bezüge zur politischen Theorie und ihren Themen. Hinzu kam eine starke Orientierung der Sozialwissenschaften allgemein am lange Zeit vorherrschenden Paradigma der Säkularisierung (Berger 2013; Gabriel et al. 2014; Pollack et al. 2012), sodass das Spannungsverhältnis von Politik und Religion vielen als kaum noch relevant erschien (Pelinka 2005, 113–118). Beides waren gewichtige Gründe für das recht geringe Interesse der Disziplin am Wechselverhältnis von Politik und Religion.

Dieses Desinteresse besteht heute nicht mehr. Die „Rückkehr der Religion“ hat auch vor der Politikwissenschaft nicht Halt gemacht. Der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington (1927–2008) hat den Ton schon 1993 und somit schon deutlich vor 9/11 gesetzt, als er vom „Clash of

Civilizations“ oder, wie es in der deutschen Übersetzung dann hieß, vom „Kampf der Kulturen“ sprach. Religion wies er eine prominente Stellung in dem von ihm ausgerufenen, nahezu unvermeidlichen Konflikt zwischen den Kulturkreisen der Welt zu (Huntington 1993; 1996). Selbstverständlich blieb diese ebenso provozierende These, die vor allem „den Islam“ in ein düsteres Licht rückte, nicht unwidersprochen (vgl. mit weiteren Nachweisen Werkner 2011). Wichtig für das neue Interesse der Politikwissenschaften an Religion waren auch die frühen Arbeiten von José Casanova (Casanova 1994). Casanova demonstrierte theoretisch und empirisch, dass Religionsgemeinschaften in liberalen Gesellschaften trotz Säkularisierung durchaus eine zivilgesellschaftliche und politische Rolle zukommt, insbesondere dann, wenn es gilt, den Auswüchsen der marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Moderne Grenzen zu setzen – ein Gedanke, den Jürgen Habermas dann aufgriffen und entfaltet hat (Habermas 2001).

Mittlerweile ist auch die empirische Untersuchung politischer Aspekte von Religion in der Politikwissenschaft (und angrenzenden Disziplinen) keine Seltenheit mehr (Fox 2013; Haynes 2016; Haynes 2021; Minkenberg 2011; Smidt et al. 2009b; Willems 2018). Die empirische politikwissenschaftliche Beschäftigung setzte zunächst noch etwas zaghaft in den späten 1990er Jahren ein, nahm an Bedeutung bald zu und weist heute eine große Breite auf. Die mittlerweile unübersichtliche Forschungslandschaft ist grob durch fünf Problemkreise strukturiert. Deren Abgrenzung folgt weniger einer strikt logischen Einteilung, sondern hebt auf wissenschaftliche Diskurskontexte ab, in denen bestimmte Grundprobleme von diversen (Zitier-)Netzwerken erforscht werden: Religion und Gewalt, das (rechtliche) Verhältnis von Staat und Religionen, die Frage von Macht und Einfluss von Religionen in der politischen Praxis, die „neue Religionspolitik“ als Versuch aktiver parteipolitischer bzw. staatlicher Regulierung von Religionen sowie der Zusammenhang von Religion, Identität, Integration und (zivil-)gesellschaftlichem Zusammenhalt (Liedhegener 2011b; Liedhegener und Odermatt 2024).

Die erfolgte Institutionalisierung von Religion als Forschungsgegenstand belegen auch neue Zeitschriften, Handbücher, Überblicksdarstellungen, große Forschungsverbünde wie das Exzellenzcluster der Universität Münster, der Verbund „Religion und Transformation“ in Wien oder das vergleichsweise kleinere Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP) in der Schweiz (siehe detaillierter unten 8). Arbeitsgruppen in den Fachvereinigungen der Politikwissenschaft, wiederkehrende Konferenzen und Tagungen und nicht zuletzt zahlreiche Forschungsprojekte vernetzen die Forschung heute international und vielfach auch interdisziplinär.

Viele Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sind daraus hervorgegangen. Die ältere Zurückhaltung im Fach wird allerdings noch sichtbar, wenn es um Berufungen auf Professuren und Lehrstühle geht. Die Zahl der Fachvertreterinnen und Fachvertreter mit einer klaren Spezialisierung auf die Schnittstelle Politik und Religion ist zumindest im deutschen Sprachraum immer noch sehr überschaubar. Vielfach weichen jüngere Politikwissenschaftler:innen in Nachbardisziplinen aus, etwa in die Religionswissenschaft, Soziologie oder auch Praktische Theologie. Alles in allem wird man sagen können, dass die empirische Untersuchung des Zusammenhangs von Politik und Religion heute eine Querschnittsaufgabe der Politikwissenschaft ist, zu der die Subdisziplinen der Regierungslehre, der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen sowie der politischen Theorie ihren Beitrag leisten.

3) Komplexe Größen: nominalistische Arbeitsdefinitionen von Politik und Religion

Die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Politik und Religion ist nicht voraussetzungslos. Was soll unter den komplexen Größen „Politik“ und „Religion“ verstanden werden? Die Antwort darauf erfordert Theorie- und Begriffsarbeit.

Die meisten in der Politikwissenschaft verstehen ihre Disziplin als eine sozialwissenschaftliche. Dementsprechend ist der Umgang mit Begriffen, Modellen und Theorien heute von der Methodologie in den Sozialwissenschaften allgemein geprägt. Begriffe sind danach keine Bestimmung des Wesens einer Sache – also auch nicht des Wesens von Politik oder Religion –, sondern zunächst einmal eine Angelegenheit der Kommunikation im Kontext von Wissenschaft (Bernauer et al. 2018; Patzelt 2013). Begriffe werden nach den Kriterien der Zweckdienlichkeit und Nützlichkeit festgelegt und bewertet. Definitionen geben an, was mit welchem begriffsauslösenden Wort genau bezeichnet werden soll. Solche nominalistischen Definitionen setzen fast immer bei der Bestimmung dessen an, was unter den Begriff zählen soll und was nicht. Im lateinischen Wort „definere = abgrenzen“ wird genau diese Eigenschaft des Definierens erfasst. Definieren heißt, Grenzen angeben, um sich zu verständigen, was man unter einem Begriff in der Wissenschaft versteht und welche Phänomene bzw. Inhalte darunterfallen.

Wer aber nun von den Sozialwissenschaften Einheitlichkeit in der Begriffsbildung erwartet, wird generell enttäuscht. Die Kreativität der For-

schen, theoretische und inhaltliche Vorlieben und durchaus auch politische Interessen wissenschaftlicher Schulen und die persönlichen Eitelkeiten des Wissenschaftsbetriebs produzieren genau wie unsere Gesellschaft eine große Vielfalt, was sich für die Diskussion und den Erkenntnisfortschritt in der Wissenschaft aber zumindest teilweise auch als produktiv und nützlich erweist. Während der Politikbegriff Gegenstand langer und ausführlicher Debatten in der Politikwissenschaft ist (Mols 2012), ist der Religionsbegriff – ganz anders als etwa in der Religionswissenschaft – an sich kein dominantes, stark umstrittenes Thema. Beim Politikbegriff wird es schnell ideologisch, beim Religionsbegriff bleibt die Politikwissenschaft eher pragmatisch (Hildebrandt und Brocker 2008).

Wenn im Folgenden Politik und Religion definiert werden, handelt es sich um Arbeitsdefinitionen, die im Blick auf die weitere Darstellung herangezogen werden, weil der Autor sie aufgrund seiner Forschungserfahrung für besonders nützlich hält. Zudem wird für diese Definitionen eine gewisse Verbreitung im Fach reklamiert, was ebenfalls für deren Nützlichkeit spricht. Sie decken ein weites Feld ab, sind aber wie bei allen sozialwissenschaftlichen Begriffen nicht die einzig mögliche Antwort (vgl. mit anderen begrifflichen Akzenten etwa Bizeul 2009).

Beim Politikbegriff, zu dem es erwartungsgemäß zahlreiche Definitionsvorschläge in der Politikwissenschaft gibt, werden schnell Traditionslinien sichtbar, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen: Der Freiheitsimpuls des politischen Liberalismus, die Gemeinwohlbetonung der katholischen Soziallehre und christlichen Sozialethik, die Solidaritätsvorstellungen im demokratischen Sozialismus und die Revolutionswünsche im Marxismus bzw. in der extremen Linken sind nicht spurlos an der Politikwissenschaft vorbeigegangen.

Für die weitere Darstellung lege ich eine Arbeitsdefinition von Politik zugrunde, die die drei ersten Linien enthält, dies freilich in einer spezifischen Fassung. Den Ausgangspunkt der Definition liefert die politikwissenschaftliche Systemtheorie, wie sie im Anschluss an David Easton zwischen 1950 und 1990 in den USA entwickelt wurde (Easton 1979 [1965]; Almond et al. 2004) und auch im Forschungsfeld von Politik und Religion genutzt wird (Moyser 1991), ergänzt um einen Gemeinwohlbezug, wie Thomas Meyer ihn vorgeschlagen hat (Meyer 2000).

Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten (im weitesten Sinne) zur Vorbereitung und Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher, ggf. am Gemeinwohl orientierter und dann möglicherweise der ganzen Gesellschaft zugutekommender Entscheidungen.

Im Zentrum der Definition steht die politische Entscheidung. Das Charakteristikum bzw. die genuine Leistung von Politik besteht darin, für eine Gesellschaft allgemein verbindliche Entscheidungen herzustellen. Diese Entscheidungen gelten also für alle und sie gelten zwingend, d.h. sie fußen auch in liberalen Demokratien letztlich auf dem zwangsbewährten Handeln eines Staates (oder auch der EU als einem supra-nationalen Staatenverbund mit Durchsetzungsmacht). Politik setzt die Maskenpflicht durch, Politik schafft die Kirchensteuer, Politik verbietet den Bau von Minaretten – um einige Beispiele zu geben. All das kann faktenorientiert untersucht werden. Ob diese Entscheide dann auch gemeinwohlförderlich sind, steht allerdings auf einem anderen Blatt. In Demokratien besteht dieser normative Anspruch, und er sollte daher in der politikwissenschaftlichen Analyse nicht einer reinen Machtperspektive geopfert werden – auch wenn das schwierige Fragen normativer Analysen aufwirft. Sie lassen sich aber zumindest zu einem guten Teil interdisziplinär angehen (Bleisch et al. 2021; Liedhegener et al. 2011).

Um eine Religionsdefinition macht die Politikwissenschaft gerne einen Bogen. Anthony Gill, ein amerikanischer Politikwissenschaftler, sah in der Forderung nach einer politikwissenschaftlichen Religionsdefinition eine abschüssige Bahn, auf der man nur ins Rutschen kommen könne (Gill 2001). Schließlich entscheidet er sich aber doch für eine Definition, der hier gefolgt wird.

Religion ist ein „System von Glaubensüberzeugungen und Handlungen, die auf das Heilige oder Übernatürliche ausgerichtet sind, durch das die lebensweltlichen Erfahrungen von sozialen Gruppen Sinn (Bedeutung) und Richtung erhalten.“ (Eigene, sinngemäße Übersetzung von: „system of beliefs and practices oriented toward the sacred or supernatural, through which the life experience of groups of people are given meaning and direction.“” Ebd., 120, nach Smith 1996, 5.) *Religion „tritt zudem in den allermeisten Fällen in institutionalisierter Form in Erscheinung“* (ebd.), worunter Gill vor allem Religion als Organisation versteht.

Das Bemerkenswerte an dieser Definition ist nicht so sehr, dass es sich um eine geradezu klassische substantielle Religionsdefinition handelt (Pollack 2017), die sich auf den Inhalt und die Form von Religionen im Gegenüber zum Profanen gründet. Wirklich bemerkenswert ist, dass die große Mehrzahl der Politikwissenschaftler:innen Religion in dieser Art definieren (Liedhegener 2008; Minkenberg 2024; Schmidt 2010; Stein 2004). Generell kann gelten: Religion wird in der Politikwissenschaft weit-hin definiert durch (a) ihren Transzendenzbezug, (b) ihre Fähigkeit zur kollektiven Sinnstiftung und Handlungsanleitung sowie (c) ihre Institutio-

nalisierung in organisierten Formen. Empirisch ergibt sich damit eine hohe Deckung mit jenen Phänomenen, die gemeinhin als „Religionsgemeinschaften“ bzw. „Weltreligionen“ bezeichnet werden, eine für Religionswissenschaftler:innen oft nur schwer nachvollziehbare Vereindeutigung oder gar ein abzuwehrender „Essentialismus“. Es gibt also einen gewissen politikwissenschaftlichen Konsens beim Religionsbegriff: Der Religionsbegriff wird anhand einer substantiellen Religionsdefinition eingegrenzt. Warum diese Orientierung vorherrscht, wird im Folgenden deutlich werden: Sie ist für die politikwissenschaftliche Analyse phänomengerecht und gut anwendbar.

In interdisziplinärer Perspektive kritisch anzumerken ist, dass die Frage, was unter Transzendenz denn nun genau zu verstehen ist, in politikwissenschaftlichen, aber auch religionssoziologischen Definitionen vielfach nicht weiter interessiert (Pollack und Rosta 2015, 48–85). Das Transzendenzverständnis scheint aber gerade in der Gegenwart einem deutlichen Wandel zu unterliegen (Liedhegener und Köhrsen 2024), mit Wirkungen bis in den Berufsalltag hinein (Alewell 2024). Auch die Frage nach dem Unterschied zwischen Religion und Glaube wird selten bedacht. Dies macht aber einen Unterschied, etwa wenn man sich dem Phänomen der Verschwörungserzählungen, die in vielen populistischen Bewegungen und extremistischen Kreisen eine wichtige Rolle spielen, analytisch nähern möchte (Bizeul 2009, 179–183). Hinzuweisen ist auch darauf, dass definitorische Fragen oftmals in einem Netz von Begriffen und theoretischen Kontexten stehen. So variieren etwa Religionsdefinitionen in der Sozialforschung und insbesondere Religionssoziologie je nach ihren Bezügen auf die Säkularisierungs-, Individualisierungs- oder Markttheorie der Religion (Pollack et al. 2012).

4) Wie wirkt Religion in der Politik?

Die Konzernverantwortungsinitiative als Untersuchungsbeispiel für Paradigma und Mechanismen sozialwissenschaftlichen Erklärens

Sozialwissenschaftliche Forschung zielt auf Erklärungen. Erfolgreiche Erklärungen in der Politikwissenschaft sind in der Regel voraussetzungsreich. Vielfach geht es zunächst einmal darum zu bestimmen, wie die zu klärende Frage genau lautet und wie sich die entsprechenden Sachverhalte faktisch darstellen, die zu erklären sind bzw. zur Erklärung beitragen. Vor allem in Fallstudien steht daher oft ein deskriptives Interesse, also das Ziel, ein politisches Phänomen zu erfassen und zu verstehen, im Vordergrund. Beschreibende Studien zur Rolle von Religion und Politik finden sich zahl-

reich (vgl. mit weiteren Nachweisen Liedhegener 2011b; Minkenberg 2024). Im Folgenden soll aber das Problem politikwissenschaftlicher Erklärungen des Zusammenhangs von Politik und Religion in den Mittelpunkt gerückt werden, um zu zeigen, dass Erklärungen ein Kernanliegen der Forschung sind, Erklärung aber auch Unterschiedliches bedeuten kann (Bernauer et al. 2022; Patzelt 2013).

Die Welt der Politik ist vielfältig, voller Überraschungen und Wendungen. Oftmals sind es Zufälligkeiten wie der plötzliche Tod einer Politikerin, die dem Geschehen eine neue Richtung geben. Gleichzeitig ist Politik in liberalen Demokratien keineswegs regellos oder gar nur zufällig. Für Politik gibt es Voraussetzungen, Institutionen, Themen und Entscheidungsprozesse sowie zahlreiche Akteure, die Politik gestalten möchten oder können. Die deutsche Sprache fasst all dies unter dem Wort Politik zusammen. In der englischen Sprache kann man aber etwas stärker differenzieren. Sie kennt die Ausdrücke *Polity*, *Policy* und *Politics*. Diese Dreiteilung macht sich die Politikwissenschaft oftmals zunutze, um ihren Untersuchungsgegenstand gedanklich besser strukturieren zu können (Minkenberg 2024 [im Erscheinen]; Rohe 1994). Unter *Polity* werden die strukturellen und kulturellen Voraussetzungen von Politik verstanden. Dazu gehören etwa die Verfassung eines Landes, die Zusammensetzung der Bevölkerung und deren Einstellungen zum politischen System. Letztere werden oftmals mit dem Begriff der politischen Kultur zusammengefasst (Pickel 2020). Es geht im Kern um die politische Gemeinschaft und die Legitimitätsvorstellungen einer Gesellschaft. Unter *Policy* versteht man die inhaltlichen Aspekte von Politik, also die verhandelten Sachthemen, Politiken und Politikfelder wie die Sozial- oder Religionspolitik, mit und in denen das Zusammenleben und damit Gesellschaft politisch gestaltet werden sollen. Unter *Politics* schließlich versteht man den politischen Wettbewerb bzw. den politischen Prozess selbst. Hier geht es darum, wie die verschiedenen Akteure wie Interessengruppen, Parteien, Abgeordnete, Regierungen, Ministerien, aber auch Kirchen und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften versuchen, Einfluss und Macht zu erlangen. Politics bedeutet, Entscheidungen zu suchen und zu treffen, die für alle verbindlich sind, wobei manchmal auch die Nicht-Entscheidung höchst politisch ist (Rohe 1994).

Die Unterscheidung von Polity, Policy und Politics ist eine analytische, d.h. von der Wissenschaft gedanklich gesetzte. Die Unterscheidung ist zudem ein sehr einfaches gedankliches Modell. Systematisch angewendet ist dieses Modell aber sehr erhellend, denn es hilft, Politik zu erschließen, zu strukturieren und zu verstehen. Solche Politik beschreibenden und aufschlüsselnden Modelle heißen heuristische Modelle. Der politikwissen-

schaftliche Wert solcher Modelle ist nicht zu unterschätzen. Es darf aber nicht übersehen werden, dass in der politischen Realität stets alle drei Dimensionen – Polity, Policy, Politics – beteiligt sind. Beim Beispiel der KVI waren u.a. die rechtlichen Bestimmungen für Volksinitiativen (Art. 139 Schweizer Bundesverfassung) und die stark kirchlich geprägte Struktur der religiösen Landschaft der Schweiz (beides Polity), der Abstimmungsgegenstand bzw. Text (Policy) und der Abstimmungskampf und das Ergebnis des Stimmentscheids (Politics) relevant.

Wie aber kann man die Wirkung von Religion auf das Abstimmungsergebnis in der KVI erklären? Zwei Ansätze bieten sich dazu an. Auf der einen Seite stehen Erklärungen, die sich am Konzept der empirisch-analytischen Wissenschaft ausrichten. Hier gilt es theoriegeleitet Hypothesen zu formulieren, die sich empirisch, d.h. konkret zumeist statistisch überprüfen lassen. Empirisch-analytische Erklärungen sind Makro¹-Mikro-Marko²-Erklärungen. Wer die Struktur und den Wandel politischer, aber auch anderer gesellschaftlicher Phänomene verstehen will, muss nach diesem Ansatz untersuchen, wie die Einstellungen und ggf. das Handeln individueller Akteure zu kollektiven (Verhaltens-)Mustern führen (Esser 1999 [1.1993]; Stolz 2011). Da die Akteure vorab in eine allgemeinere Handlungssituation (Makro¹) eingebunden sind, entscheiden sie nicht ganz voraussetzungslos, aber eben doch als Individuen letztlich jeweils selbst von Neuem. Aus der Summe der individuellen Entscheidungen und Handlungen entstehen kollektive Ergebnisse (Makro²). Die Zustände und Veränderungen auf der Mikro-Ebene verursachen also die Makro²-Effekte. Bei Wahlen und Abstimmungen wie der KVI tritt das Prinzip bzw. ein solcher Kausalzusammenhang deutlich zu Tage. Die individuelle Stimmabgabe und deren Gründe verursachen das Abstimmungsergebnis. Das Abstimmungsergebnis erklärt sich aus der Summe der Einzelentscheide und den Gründen, die für die Individuen maßgeblich waren. Häufig, aber nicht immer, wird unterstellt, dass die Individuen dabei im Sinne ihres eigenen Interesses entscheiden („homo oeconomicus“, Köhrsen 2024). Diesem Typ von kausalen Erklärungen stehen Ansätze gegenüber, die darauf abheben, dass Erklärungen sich nicht immer durch einfache kausale Verbindungen zwischen Individuen und einem politischen Phänomen gewinnen lassen. Die Wirklichkeit ist vielschichtig, komplizierter, ja komplex, und die Wechselwirkungen sind mannigfaltig und bringen oft erstaunliche Kombinationen und Ergebnisse hervor. Vielfach gilt: Das Ganze ist mehr als die Summe der Teile. Griffig und anwendbar wird dieser Ansatz in der gängigen Unterteilung der sozialen Wirklichkeit in drei Ebenen, nämlich die Mikro-, Meso- und Makro-Ebene (Mayntz 2005; Liedhegener 2011b). Neben die Individuen

als Akteure tritt die Meso-Ebene, die ihrerseits das Ergebnis auf der Makroebene beeinflusst. Kollektive Akteure wie etwa Parteien oder Kirchen und Religionsgemeinschaften besitzen als Elemente der Meso-Ebene eine Eigenständigkeit, die sich in Institutionen, Strukturen, Organisationen und entsprechenden Handlungsmöglichkeiten jenseits der Ebene von Individuen zeigt. Der Erhalt der Kirchensteuer etwa ist ein genuines Interesse kirchlicher Institutionen, das sich keineswegs mit den Interessen der Kirchenmitglieder decken muss.

Wie und warum könnte nun Religion vor dem Hintergrund beider Ansätze auf Politik wirken? Was könnten Gründe sein, warum Religion wirkt? Was sind die Mechanismen, die Religion zu einer wirkmächtigen Größe machen?

In der amerikanischen Politikwissenschaft findet sich dazu die überzeugende Unterscheidung von Religion in die ‚großen drei B‘. Sie lauten: *Belonging*, *Behavior*, *Belief* (Smidt et al. 2009a; Layman 2001; Roßteutscher 2009). Diese drei Aspekte von Religion – Religionszugehörigkeit, religiöses Verhalten und religiöser Glaube – begründen unterschiedliche Wirkungsweisen von Religion und gehen mit unterschiedlichen Mechanismen einher. Religion als *Belonging* schafft Mitgliedschafts- und Zugehörigkeitsverhältnisse, oft über die Generationen hinweg. Religionen sind als gesellschaftliche Großgruppen verfasst und werden als solche wahrgenommen. Damit können bestimmte Erfahrungen und Erwartungen verbunden sein, z.B. dass, wie etwa für die Niederlande, Deutschland und die Schweiz historisch gut nachweisbar, bestimmte Parteien gewählt werden (vgl. die klassische Studie dazu von Lipset und Rokkan 1967). Allein die Tatsache der Mitgliedschaft in einer Kirche oder Religionsgemeinschaft prägt den Wahlentscheid. Individueller Glaube oder individuelle Religiosität spielt dabei keine Rolle. Die soziale Identität Religion wirkt als solche. Als Standardvariable zur Operationalisierung des *Belonging* dient in Umfragen die Religionszugehörigkeit (Liedhegener und Odermatt 2018). Anders ist der Wirkungsmechanismus beim *Behavior* als religiösem Verhalten. Hier geht es um gemeinsames Tun etwa in Gottesdienstfeiern, bei öffentlichen Gebeten oder religiösen Versammlungen. Kirchengemeinden und ähnliche Orte stellen auf der Meso-Ebene Begegnungen und Kontakte her. Je häufiger z.B. eine Person an Gottesdiensten teilnimmt, umso stärker und wichtiger sollten die dort relevanten Face-to-Face-Kontakte sein. Die Kontakthypothese besagt etwa, dass Menschen, die sich so regelmäßig begegnen bzw. in Begegnungen eingebunden sind, eine geringere Neigung zu Vorurteilen und eine höhere Chance, Vertrauen zu anderen aufzubauen, haben (Allport 1979 [1954]). In solchen (religiösen) Gruppenzusammenhänge findet aber

auch politische Meinungsbildung statt, z.B. durch gemeinsame Fürbittgebete oder Diskussionsabende zu anstehenden Abstimmungen. Die gebräuchlichste Standardvariable zum religiösen Verhalten ist nicht nur in der politikwissenschaftlichen Umfrageforschung der Gottesdienstbesuch (Wolf und Roßteutscher 2013). Der Aspekt des *Belief*, des Glaubens, hebt auf die Inhalte von Religion ab. Alle Religionen vermitteln bestimmte Glaubens- und Moralvorstellungen, es entstehen Wertbindungen, die als solche handlungsleitend sind bzw. sein können. Alle Religionen kennen etwa Varianten der goldenen Regel, d.h. ihre Glaubensvorstellungen halten dazu an, das eigene Verhalten wie das Verhalten Dritter und deren Interessen unparteiisch zu bewerten. Der *Belief*-Aspekt ist in Umfragen zu politischen Wahlen und Abstimmungen vielfach als Variable nicht enthalten. Gängig sind darüber hinaus Fragen nach dem Weltverständnis, dem Gottesbild und grundlegenden Glaubensvorstellungen einschließlich Indifferenz, Agnostizismus und Atheismus.

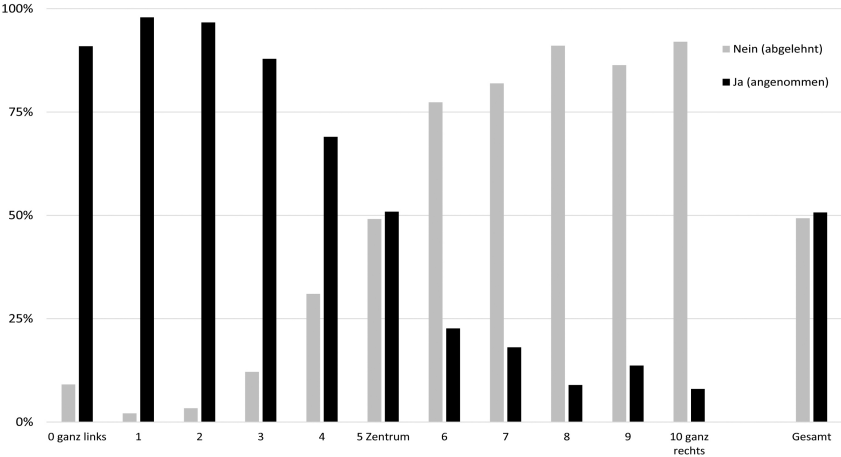
Bezogen auf die Konzernverantwortungsinitiative stellt sich die Frage, warum genau Religion auf den Abstimmungsentscheid einen Einfluss haben sollte. Wir haben eingangs gesehen, dass sich die wichtigsten Religionsgemeinschaften der Schweiz öffentlich hinter die Initianten der KVI gestellt haben. Man sollte also erwarten, dass dies nicht ganz folgenlos für das Abstimmungsverhalten gewesen ist. Bezogen auf die Religionszugehörigkeit lautet die Vermutung oder Hypothese: Wer einer der beiden großen Kirchen in der Schweiz angehört, stimmt eher für die KVI. Analog lässt sich für die religiöse Praxis formulieren: Je häufiger eine Person in die gottesdienstliche Praxis ihrer Kirche eingebunden ist, desto wahrscheinlicher ist eine positive Bewertung der KVI und damit die Annahme der Initiative an der Urne. Auch religiöse Lehren und Überzeugungen könnten wirksam sein: Wer an einen persönlichen Gott und die Verantwortung seiner Taten ihm gegenüber glaubt, handelt zugunsten der Schwächeren dieser Welt und entscheidet sich daher eher für die KVI.

In der Schweiz wird nach jeder Abstimmung eine Nachwahlbefragung durchgeführt, die als Vox-Umfragen oder Vox-Analysen bekannt sind. Zur Konzernverantwortungsinitiative wurden rund 3.000 Schweizer Staatsbürger:innen – nur sie sind abstimmungsberechtigt – befragt, ob sie sich an der Abstimmung beteiligt und wie sie gestimmt haben (gfs.bern 2021). Die Vox-Umfrage reproduziert das eigentliche Stimmergebnis erstaunlich genau: Unter Einschluss der entsprechenden statistischen Gewichtung haben auch in ihr 50,7 Prozent der Befragten, die abgestimmt haben, mit Ja gestimmt, d.h. sie haben die Initiative angenommen. Zahlreiche andere Fragen an sie erlauben es, anders als beim amtlichen Endergebnis der

Abstimmung, der Frage nachzugehen, welche Faktoren das Stimmverhalten verursacht haben. Die Angaben zur Religion im Datensatz sind begrenzt, aber wir kennen die Religionszugehörigkeit und die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs derjenigen, die einer Religionsgemeinschaft angehören. Angesichts sehr kleiner Fallzahlen scheiden nicht-christliche Religionsgemeinschaften als Untersuchungsgegenstand aus, sodass Aussagen über drei große Gruppen möglich sind: katholische Befragte, reformierte Befragte aus den Landeskirchen und den Freikirchen sowie Befragte ohne formale Religionszugehörigkeit. Zusätzlich lassen sich die Mitglieder der beiden großen christlichen Bekenntnisse nach der Häufigkeit ihres Gottesdienstbesuchs unterscheiden. Um die ersten beiden Hypothesen empirisch zu testen, werden beide Variablen hier der Einfachheit halber kombiniert. So ergeben sich fünf Kategorien: katholische Befragte ohne oder mit nur seltenem Gottesdienstbesuch. Sie stellen 26,8 Prozent der Abstimmenden. Katholische Befragte mit monatlichem oder noch häufigerem Gottesdienstbesuch. Sie machen 4,5 Prozent der Abstimmenden aus. Reformierte mit geringer Teilnahme stellen 27,6 Prozent, Reformierte mit häufigem Gottesdienstbesuch 3,1 Prozent. Befragte ohne Religionszugehörigkeit machen 38 Prozent der Abstimmenden aus. Letztere sind also die größte Gruppe einer religiös-weltanschaulichen Kategorisierung der Abstimmenden.

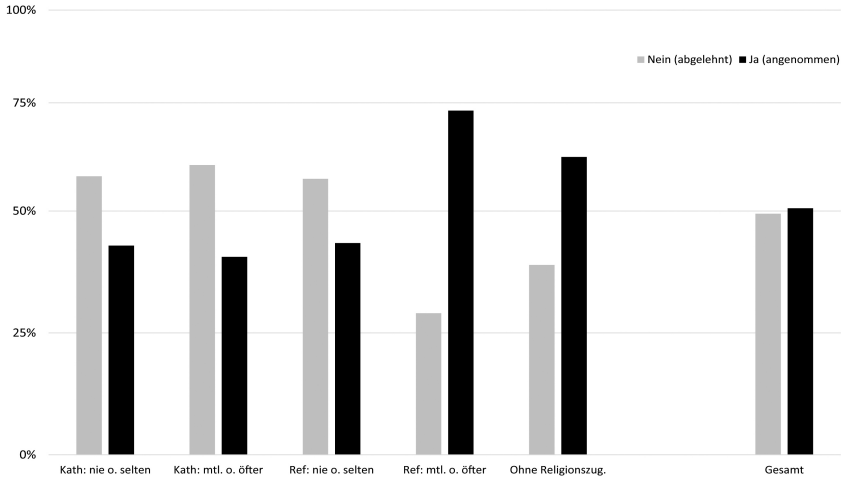
Aus vorherigen Analysen ist bekannt, dass die politische Orientierung der Bürger:innen vielfach einen entscheidenden Unterschied macht. So ist es auch in der KVI-Abstimmung (gfs.bern 2021). Der direkte Zusammenhang zwischen dem Entscheid an der Urne und der eigenen Links-Rechts-Einstufung ist sehr stark (Abb. 1). Je rechter, desto ablehnender und je linker, desto zustimmender. Schaut man auf die Details der Graphik, kann man sogar festhalten: Wer sich als nur leicht rechts von der Mitte einordnet, lehnt schon mit 75-prozentiger Wahrscheinlichkeit die KVI ab. Spiegelbildlich gilt ganz Ähnliches für die politische Linke. Nur jene Gruppe, die sich dezidiert dem Zentrum (5) zuordnet, ist gespalten und reproduziert damit fast exakt das Gesamtergebnis. Die KVI-Abstimmung hat also hochgradig polarisiert.

Abbildung 1: Stimmverhalten in der Konzernverantwortungsinitiative nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts-Kontinuum



Quelle: Eigene Berechnungen und eigene Darstellung nach Vox-Datensatz zur eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2020.

Abbildung 2: Stimmverhalten in der Konzernverantwortungsinitiative nach Religionszugehörigkeit und Religiosität



Quelle: Eigene Berechnungen und eigene Darstellung nach Vox-Datensatz zur eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2020.

Für den Faktor Religion, d.h. hier die mit dem Gottesdienstbesuch kombinierte Religionszugehörigkeit, sieht der Befund wie folgt aus (Abb. 2). Katholische Befragte lehnen die KVI mehrheitlich ab. Die Häufigkeit der Gottesdienstteilnahme spielt bei ihnen keine Rolle. Weder die Religionszugehörigkeit noch die religiöse Praxis zeigen unter den katholischen Abstimmenden den nach den Hypothesen erwarteten Zusammenhang. Befragte ohne Religionszugehörigkeit stimmen der KVI hingegen mehrheitlich zu. Bei den Reformierten zeigt sich im Vergleich zur katholischen Wählerschaft ein Unterschied. Die Zugehörigkeit zur reformierten Tradition kombiniert mit einer geringen oder fehlenden kollektiven religiösen Praxis führt bei den reformierten Wählenden eher zur Ablehnung. Hingegen überwiegt bei einer stärkeren religiösen Praxis die Zustimmung zur KVI. In der kleinen Gruppe der regelmäßigen reformierten Kirchgänger ist die Zustimmung im Vergleich zu allen anderen Gruppen sogar am höchsten. Fast Dreiviertel von ihnen hat für die Annahme der KVI gestimmt. Nach den vorliegenden Zahlen hat also die Religionszugehörigkeit als solche – entgegen dem öffentlichen Engagement der Kirchen – nicht zu einer Annahme der KVI geführt, das Gegenteil war eher der Fall. Auch die stärkere Einbindung in gemeinsames religiöses Handeln wirkte nicht *generell* zu Gunsten der Konzernverantwortungsinitiative. Vielmehr unterscheiden sich nur Reformierte mit häufigem Gottesdienstbesuch im Abstimmungsverhalten. Der Einfluss der Kirchen dürfte also sehr partiell gewesen sein: Nur die engsten Mitglieder der Evangelischen Kirche Schweiz und der Freikirchen, die in den Zahlen der Reformierten auch enthalten sind, stimmten im Sinne ihrer Kirchenleitungen.

Nun sind solche bivariaten, d.h. nur mit zwei Variablen überprüften Zusammenhänge in der Regel mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Im Hintergrund könnten noch ganz andere Zusammenhänge wirksam sein, die erklären könnten, warum jemand letztlich für oder gegen die KVI gestimmt hat. Technisch gesprochen muss daher statistisch auf Drittvariablen kontrolliert werden. Das auf die Umfragedaten zur KVI-Abstimmung anzuwendende Verfahren ist das der logistischen Regressionsanalyse (Diaz-Bone 2018; Odermatt 2023, 133–147). Mit ihr wird rechnerisch überprüft, wie wahrscheinlich das Auftreten der Zustimmung zur KVI unter Berücksichtigung einer größeren Zahl anderer Variablen einhergeht. Je mehr richtige Vorhersagen das statistische Modell macht, desto besser die Modellgüte. Das im Folgenden nur in den wesentlichen Ergebnissen vorgestellte Regressionsmodell sagt in 78,3 Prozent der Fälle das Abstimmungsverhalten richtig vorher. Ohne eine solche Berechnung bzw. ohne statistische Schätzung wäre die beste Vorhersage das Gesamtergebnis selbst gewesen. Wenn man also ohne weitere Kenntnisse für alle Befragten einfach annimmt, sie hätten

für die KVI gestimmt, behält man nur in 50,7 Prozent der Fälle Recht. Anders gesagt: Das Regressionsmodell liefert also eine deutliche Verbesserung der Kenntnis des Abstimmungsergebnisses und der Zusammenhänge, die zur Annahme (oder auch Ablehnung) der Initiative geführt haben.

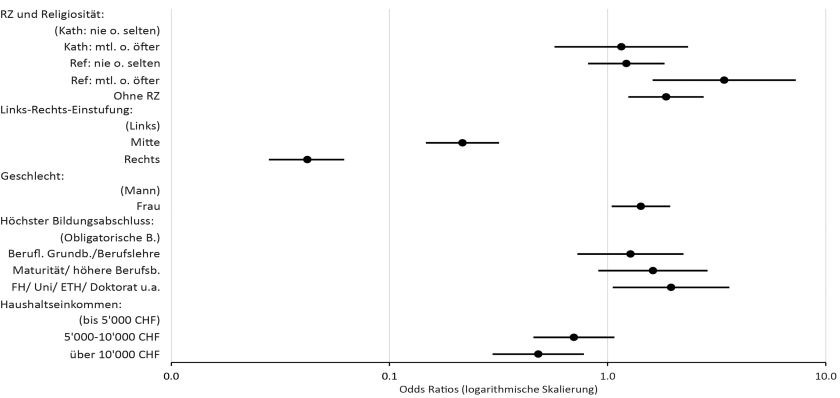
Als interessierende unabhängige Variable diene in der logistischen Regression die kombinierte Religionszugehörigkeits- und Religiositätsvariable. Als Kontrollvariablen wurden in die logistische Regression die Links-Rechts-Einstufung, das Geschlecht, das Alter, die Bildung und das Haushaltseinkommen eingeschlossen. Im Ergebnis liefern die Religion/Religiosität, die Links-Rechts-Einstufung, das Geschlecht, der Bildungsabschluss und das Einkommen einen Beitrag zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens bzw. -ergebnisses. Allein das Alter spielt keine Rolle. Aufschlussreich ist nun, welches Gewicht den genannten Variablen bzw. deren spezifischen Ausprägungen jeweils zukommt, wenn man statistisch auf alle anderen Variablen kontrolliert und die jeweilige Effektstärke der Ausprägungen einzelner Antwortkategorien jeweils bezogen auf eine Basiskategorie anhand der sogenannten *Odds Ratios (OR)* graphisch darstellt und vergleicht (Abb. 3). Werte bzw. Punkte rechts vom Grenzwert 1 deuten auf eine höhere Wahrscheinlichkeit für die Zustimmung zur KVI hin, Werte links von 1 auf eine tiefere Wahrscheinlichkeit. Schneidet die dünne Linie um den Punkt, welche die Spannweite des 95%-Konfidenzintervalls anzeigt, den Grenzwert 1, bedeutet dies, dass die Schätzung nicht verlässlich ist. Die jeweilige Kategorie hat dementsprechend keine nachweisbare Erklärungskraft für das Stimmverhalten.

Zum Ergebnis: Die starke Links-Rechts-Polarisierung bleibt erhalten. Sie erklärt den größten Anteil des Abstimmungsverhaltens. Kontrolliert auf alle anderen Variablen tendiert schon die politische Mitte deutlich zur Ablehnung ($OR = 0.216$), während die Rechte sehr stark ablehnt ($OR = 0.042$). Das Geschlecht hat für sich einen schwachen, aber nachweisbaren Einfluss. Frauen ($OR = 1.421$) haben eher für die KVI gestimmt als Männer. Die Bildung und das Haushaltseinkommen erklären nur partiell das Abstimmungsergebnis, denn gesamthaft machen die Variablen im Modell keinen Unterschied. Aber im speziellen Fall derjenigen mit einem akademischen Abschluss ($OR = 1.954$) ist die Annahme der KVI wahrscheinlicher, im Fall eines hohen Einkommens ($OR = 0.481$) unwahrscheinlicher. Im Blick auf die hier vor allem interessierende kombinierte Religionsvariable führt die Analyse zu einem klaren Ergebnis. Der bivariate Zusammenhang bleibt auch unter Kontrolle von Drittvariablen erhalten. Die KVI hat ihre stärksten Unterstützer:innen tatsächlich in der kleinen Gruppe der aktiven reformierten Kirchgänger:innen ($OR = 3.424$). Im Rahmen des empirisch-

analytischen Ansatzes lautet die Antwort auf die Frage nach der Wirkung von Religion in der KVI also: Religionszugehörigkeit spielt allein keine Rolle. In der Masse sind die Kirchenmitglieder ihren Kirchenleitungen und den KVI-Engagierten vor Ort nicht gefolgt. Die *Belonging*-Dimension ist in der KVI also belanglos gewesen. Für die *Behavior*-Dimension kommt man zu einem geteilten Ergebnis. In der Kombination mit einer reformierten Kirchenmitgliedschaft führt die Einbindung in das soziale Leben einer Kirchengemeinde zu einer sehr deutlichen Befürwortung der KVI. Hier stimmen die politische Position, welche die Kirchen der reformierten Tradition bezogen haben, und das Stimmverhalten der Mitglieder überein.

Mit einem gewissen Recht kann man sogar behaupten, dass die dünne Mehrheit der KVI im Volksmehr, d.h. unter allen Abstimmenden, sich den religiös engagierten Reformierten der Landeskirchen und Freikirchen verdankt. Hätte diese kleine Gruppe nicht überdurchschnittlich, sondern nur gemäß dem Durchschnitt von 50,7 % der Initiative zugestimmt, wäre die KVI-Abstimmung nur auf schätzungsweise 49,8 % gekommen und damit schon beim Volksmehr verloren gegangen.

Abbildung 3: Religion als entscheidungsrelevanter Faktor in der KVI-Abstimmung



Bemerkung: Grafische Darstellung der Odds Ratios mit 95%-Konfidenzintervallen basierend auf logistischem Regressionsmodell mit gewichteten Daten: n= 1591; Hosmer-Lemeshow-Test: χ^2 (8) = 5.375 (.717); Nagelkerkes R^2 : 0.465. Die Kategorien in Klammern sind die jeweiligen Referenzkategorien. Der Übersichtlichkeit halber ist das Alter (keine Erklärungsleistung) nicht dargestellt. Odds Ratios < 1 lassen sich bezüglich ihrer Stärke mit jenen > 1 direkt vergleichen, wenn man für einen der Werte den Kehrwert berechnet und die beiden Werte dann miteinander vergleicht.

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Vox zur eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2020.

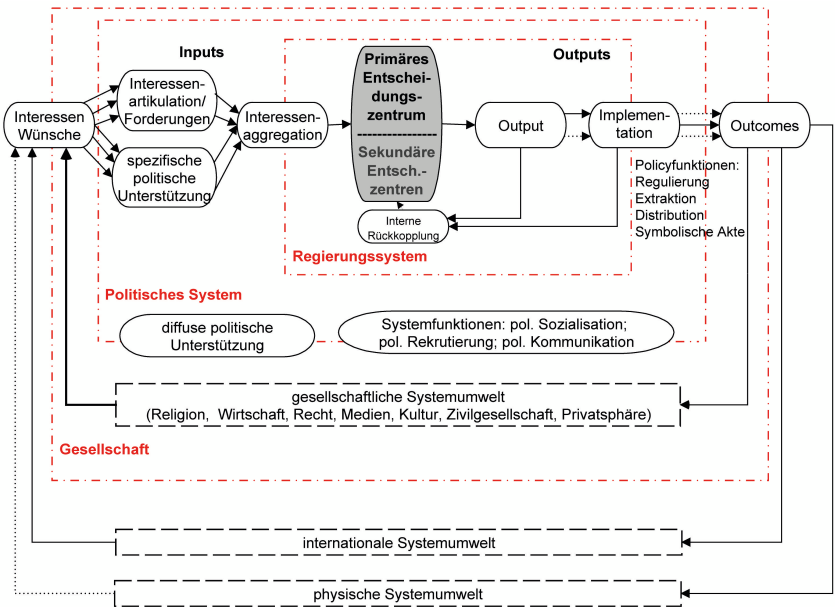
Das Beispiel der multivariaten statistischen Analyse des Faktors Religion im Abstimmungsverhaltens zur KVI veranschaulicht die Leistungsfähigkeit vor allem der Surveyforschung im Rahmen des empirisch-analytischen Paradigmas. Immer wenn es sinnvollerweise um Mikro-Makro-Zusammenhänge mit einer klar definierten, einzigen abhängigen Variable geht, wie etwa die Zustimmung oder Ablehnung in einer Abstimmung oder die Wahl einer speziellen Partei, ist das empirische Testen von theoriegeleiteten Hypothesen zielführend.

Warum aber waren die Kirchen insgesamt so wenig erfolgreich, ihre Mitglieder von der Annahme der KVI zu überzeugen? Diese und ähnliche Fragen, die auf die Vielschichtigkeit realer Strukturen und Entscheidungsprozesse abheben, sind für das genannte Paradigma schwierig bis gar nicht lösbar. Praktisch fehlen in den Bevölkerungsumfragen oftmals sehr viele der dafür notwendigen Variablen. Noch wichtiger ist die Einsicht, dass sich komplexere Fragen im Mikro-Makro-Schema in der Regel nicht vollständig abbilden lassen. Insofern kollektive Akteure ins Spiel kommen, reichen zwei Ebenen des Sozialen (Mikro und Makro) als gedankliche Strukturierung nicht mehr aus. Für Fragen, die auf eine umfassendere Erklärung eines Geflechts von Phänomenen und Zusammenhängen zielen, ist die Unterscheidung in die Ebenen Mikro, Meso und Makro zielführender. Ähnlich zu den Ebenen wird manchmal auch eine Einteilung nach Individuum/Interaktion, Organisation und Gesellschaft benutzt (Heintz und Tyrell 2015), was zwar etwas anschaulicher, inhaltlich aber etwas anders gelagert ist. Kantone sind etwa im politischen System der Schweiz eine Realisierung der Meso-Ebene, die durch den Begriff der Organisation nur unvollständig erfasst werden würde. Außerdem spielen für die Erklärung komplexerer Sachverhalte temporale Strukturen, also Interaktionen und Zusammenhänge, die sich im Zeitverlauf ändern, eine wichtige Rolle. Gegenwärtiges Verhalten und heutige Entscheidungen sind oftmals durch zeitlich zum Teil weit zurückliegende Sachverhalte vorgeprägt, wenn nicht vorherbestimmt. Die heutigen Systeme sozialer Sicherung wie die Rentenversicherungen haben ihren Ursprung bzw. ihre Grundlagen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, die sich kaum oder nur sehr schwer revidieren lassen. Auch Gottesbezüge in den Verfassungen liberaler Demokratien der Gegenwart sind Ergebnisse solcher Pfadabhängigkeiten. Die heutige Schweizer Verfassung beginnt mit den Worten: „Im Namen Gottes des Allmächtigen!“ Diese Gottesanrufung ist seit 1848 Bestandteil der Bundesverfassung und überdauerte trotz der in der Schweiz weit fortgeschrittenen Säkularisierung (Stolz et al. 2022) alle bisherigen Verfassungsreformen. Vor allem auf der

Meso- und Makroebene spricht man daher oft von Pfadabhängigkeiten (Koenig 2008).

Geht es um Macht und Einfluss von Religion in politischen Systemen, dann ist ein systemtheoretisches heuristisches Modell für die Interaktion beider komplexen Größen hilfreich (Liedhegener 2006; 2011a; 2016). Es greift auf bewährte ältere systemtheoretische Überlegungen aus Soziologie und Politikwissenschaft zurück und bringt Religion als eine eigenständige, in sich vielfältige und komplexe Größe ins Spiel. Ausgangspunkt ist die oben eingeführte Politikdefinition. Im Anschluss daran wird Politik theoretisch als der in *jedem* politischen System auftretende Prozess des verbindlichen Entscheidens über materielle und immaterielle Güter formalisiert (Abb. 4).

Abbildung 4: Das erweiterte strukturell-funktionale Politikmodell



Quelle: Liedhegener 2011, 245.

Das Modell rückt die *Politics*-Dimension als politischen Entscheidungsprozess ins Zentrum. Es geht um den Prozess, in dem aus politischen Forderungen politische Entscheidungen und dann politisch herbeigeführte Ergebnisse werden. Zusammen mit den System- bzw. *Polity*-Funktionen,

den *Policy*-Funktionen sowie den Umfeld- und Umweltfaktoren und entsprechenden *Feedbacks* aus den Subsystemen der Gesellschaft entsteht eine vollständige Beschreibung aller relevanten Bestandteile, die in der Analyse von Politik zu berücksichtigen sind. Im Ergebnis gewinnt man also ein Analyseraster für Politik allgemein. Das Schaubild veranschaulicht die Bestandteile und Zusammenhänge (Abb. 4). Das politische System wird dargestellt als Kreislaufmodell des politischen Entscheidungsprozesses mit *Input*, *Output*, *Outcomes* und *Feedback*schleife im Zusammenhang mit den *Policy*-Funktionen, den Systemfunktionen und der politischen Kultur (und hier speziell der für den Systembestand wichtigen spezifischen und diffusen politischen Unterstützung; Gabriel 2007; Pickel 2020) sowie der gesellschaftlichen, internationalen und naturräumlichen Umwelt des politischen Systems. Dieses Analyseraster eignet sich auch für die Analyse der Rolle von Religion und speziell ihres Einflusses oder gar ihrer Macht in einem konkreten politischen System (Liedhegener 2006).

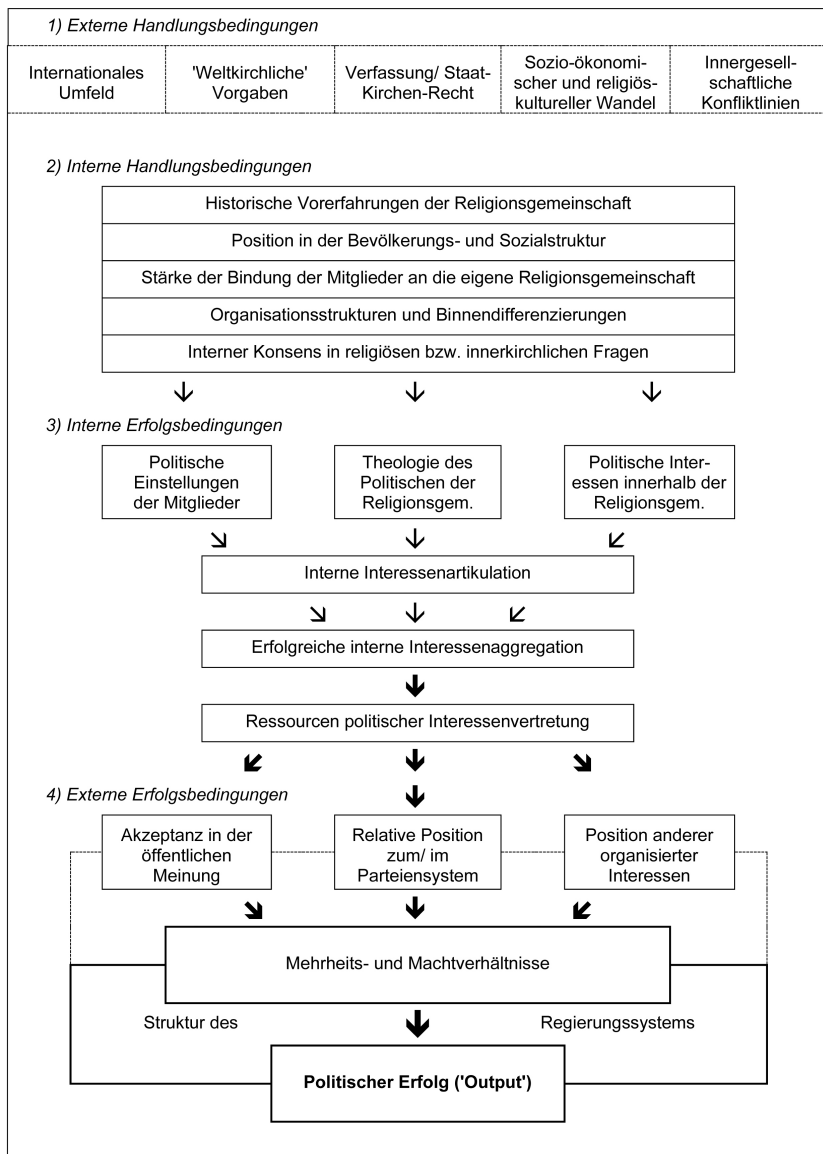
Die ins Zentrum gerückten Prozessfunktionen definieren, wie schon bei David Easton (1979 [1965]), Politik als einen permanenten Kreislauf der politischen Willensbildung, Machtverteilung und Entscheidungsfindung. Dieser Prozess führt von der Interessenartikulation und -aggregation auf der *Input*seite über die Entscheidung im zentralen politischen Entscheidungszentrum (*Output*) zur Vermittlung und Durchsetzung dieser verbindlichen Entscheidungen (*Outcomes*) auf der *Output*seite (*Outputs*) hin zu den Reaktionen auf diese Politikergebnisse in den verschiedenen Umwelten des politischen Systems. Reaktionen auf *Output* and *Outcomes* können dazu führen, dass gesellschaftliche Akteure neue politische Wünsche und Forderungen an die politischen Entscheidungs- und Verantwortungsträger adressieren oder ihnen ihre Unterstützung gewähren oder entziehen. Die Reaktionen auf den *Output* des politischen Systems können also erneute *Inputs* herbeiführen, womit sich der Prozess der politischen Willensbildung schließt (vollständige *Feedback*-Schleife). Selbstverständlich können jederzeit auch neue Interessen artikuliert und an das politische Entscheidungszentrum adressiert werden, die ebenfalls nach einer politischen Entscheidung verlangen. Dabei ist Nichtentscheiden auch als eine Form politischen Entscheidens anzusehen (Rohe 1994, 67–76), denn Nichtentscheiden bedeutet implizit den Sieg des *Status quo*.

Religion ist unter modernen Bedingungen als ein eigenständiges gesellschaftliches Subsystem aufzufassen. Religion als gesellschaftliches Teilsystem gehört zu den Umwelten des politischen Systems. Religion kann an allen genannten Funktionen des politischen Systems mehr oder weniger stark beteiligt sein. Religionen haben dazu wie auch Parteien, Interessenverbän-

de, Unternehmen und Gewerkschaften einen eigenständigen, internen (politischen) Willensbildungsprozess zu leisten (Liedhegener 2006, 29–34). Dieser interne Prozess kann analog zum Modell des politischen Prozesses konzeptualisiert werden. Erst wenn die interne Interessenaggregation und Entscheidungsfindung gelingen, steigen die Chancen, sich im politischen Prozess einbringen und durchsetzen zu können. Den potenziellen Einfluss und die eventuelle Macht von Religionen wird man daher zuerst und vor allem auf der Inputseite des politischen Prozesses verorten. Macht und Einfluss treten aber auch auf der Outputseite immer dann in Erscheinung, wenn bestimmte Politikergebnisse – wie etwa etablierte religionsrechtliche Bestimmungen von Verfassungen allgemein oder speziell das Verhältnis von Staat und Kirchen oder Kooperationen von Staat und Religionen etwa im Bildungsbereich – dauerhaft Geltung haben. Auch die Beteiligung an staatlichen Leistungsprogrammen etwa in der Sozialpolitik verleiht in gewissen Grenzen Macht, schafft aber auch Abhängigkeiten für religiöse Organisationen und Akteure. Das Modell macht verständlich, dass Macht und Einfluss von Religion höchst voraussetzungsreich sind und sie sich keinesfalls durch einen einzelnen Faktor wie etwa das Staat-Kirchen bzw. Staat-Religionenverhältnis erklären lassen. Weiterführende Verknüpfungen zur jüngeren *Policy*-Forschung und prozessorientierten Politikanalyse (*Process tracing*) sind möglich und wünschenswert (Blatter und Haverland 2012; Blatter et al. 2018; Wenzelburger und Zohlhnhöfer 2015).

Das strukturell-funktionale Politikmodell beschreibt zunächst vor allem allgemein, *wo* und *unter welchen Bedingungen* Religionen als Akteure politisch in Erscheinung treten können. Welche Faktoren entscheiden aber darüber, wie viel Einfluss oder gar welche Macht Religionsgemeinschaften in einem konkreten Fall wie etwa der Konzernverantwortungsinitiative haben? Die Antwort auf diese Fragen wird im Wesentlichen eine empirische sein, denn es kommt auf die Mischung der potenziellen Faktoren im Einzelfall an. Gleichwohl lässt sich allgemein ein heuristisches Modell formulieren, das die Zusammenhänge strukturiert und damit eine umfassendere Erklärung ermöglicht (Abb. 5). Der Kern des Modells ist eine Schichtung von vier Faktorenbündeln, die jeweils aufeinander aufbauen (Liedhegener 2006, 442–446). In politischen Entscheidungsprozessen lassen sich für religiöse Akteure externe Handlungsbedingungen, interne Handlungsbedingungen, interne Erfolgsbedingungen und externe Erfolgsbedingungen unterscheiden.

Abbildung 5: Erfolgsfaktoren politischer Einflussnahme von religiösen Akteuren in Demokratien



Quelle: Liedhegener 2006, 444.

Die *externen* Handlungsbedingungen (1) sind grundlegender, langfristiger Natur. Sie sind in aller Regel nur schwer zu verändern. Am Beispiel der Staat-Kirche-Regelungen bzw. des Religionsverfassungsrechts lässt sich dies gut einsichtig machen. Hier trifft man vielfach auf eine erstaunliche Konstanz in den rechtlichen Grundlagen der verschiedenen Staaten und ggf. ihrer Gliedstaaten wie etwa den Schweizer Kantonen. Diese wirken teils ermöglichend, teils aber auch restringierend auf aktuelle Entscheidungssituationen. In der KVI etwa wurde den Kirchen und ihren Gemeinden die politische Stellungnahme durch den Verweis auf ihre besonderen Verpflichtungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts strittig gemacht (Braunschweig 2021; Engi 2021).

Bei den *internen* Handlungsbedingungen (2) steigt die Chance für die jeweilige Religionsgemeinschaft auf eigene Steuerung, d.h. sie kann selbst gestaltend tätig werden. Aber auch diese Faktoren, die selbst nicht unmittelbar politisch im hier verwendeten Sinne sind, lassen sich zumeist nur mittel- und langfristig ändern. Muslimische Religionsgemeinschaften haben trotz der beachtlichen Zunahme in jüngerer Zeit unter der Bevölkerung der Staaten Westeuropas zahlenmäßig immer noch eine schwache Stellung. Die besondere Stellung der reformierten Kirche etwa im Kanton Bern kann dort so schnell eben keine andere Religionsgemeinschaft erlangen. Auch sind die eigenen Organisationsstrukturen und die damit verbundenen innerreligiösen bzw. -kirchlichen Interessenlagen grundsätzlich wandelbar, aber auch dies ist kurzfristig kaum oder nur schwer erreichbar. Auch die stark rückläufige Bindung der Bevölkerung an die christlichen Kirchen in Europa lässt sich nicht von heute auf morgen aufhalten oder gar umkehren. Das wäre wohl eher eine Generationenaufgabe. In der KVI-Abstimmung dürfte die Entkirchlichung in der Schweizer Bevölkerung (Liedhegener 2022; Stolz 2012; Stolz et al. 2022) eine wesentliche Rolle für den ausbleibenden Erfolg der Kirchen in der Breite ihrer Mitglieder gespielt haben. Ob eine Religionsgemeinschaft gesellschaftlich und politisch Gewicht erlangen kann, liegt zudem auch daran, ob sie in den religiösen und theologischen Grundlagen einen Konsens aufweist oder aber intern in religiöse Fraktionen und Flügelkämpfe verwickelt ist.

Die internen Erfolgsbedingungen (3) im Hinblick auf einen gewünschten politischen Einfluss fassen die Faktoren des *internen politischen* Willensbildungsprozesses zusammen. Dass die Kirchen der Schweiz, allen voran die mit Kirchensteuermittel ausgestatteten Landeskirchen, über eine ganze Reihe von Ressourcen verfügen, ihre politischen Interessen potenziell vertreten zu können, liegt auf der Hand. Ob sie Erfolg haben, entscheidet sich aber zuvor. Die Frage, ob sich bestimmte politische Positionen auf

die eigene religiöse Überlieferung theologisch abstützen lassen, ist vielfach ein erfolgskritischer Faktor. Es sind nicht die religiösen Schriften an sich, die politischen Einfluss eröffnen, sondern nur deren Interpretation und Nutzbarmachung in der Gegenwart. Diese aktuelle *Theologie des Politischen* gehört also zu den internen Erfolgsbedingungen. Aber nur wenn es tatsächlich gelingt, in den eigenen Reihen und Organisationsstrukturen die Interessen zu bündeln, steigt die Aussicht auf politischen Erfolg. Denn nur dann nehmen andere externe Akteure die politische Position einer Religionsgemeinschaft als relevant wahr – auch in machtpolitischer Hinsicht. In der KVI gab die Theologie des Politischen vor allem in den reformierten Kirchen eine Positionierung in der Sachfrage zwar her, aber sie deckte sich – wie in der Auswertung der Umfrage gezeigt – nicht mit den politischen Präferenzen der Mehrzahl der Kirchenmitglieder. Das erklärt die Wirkungslosigkeit des kirchlichen Engagements in der Breite. Gleichwohl ist das nicht das ganze Bild. Schaut man längerfristig, so lässt sich die KVI in ihren Ursprüngen auf die Aktivitäten einer Bewegung unter Berner reformierten Kreisen zurückführen. Die Bewegung benannte sich ursprünglich nach ihrem wichtigsten Gründungsauftrag, der „Erklärung von Bern“. Heute ist sie als *Public Eye* bekannt. Seit 1968 verfolgt diese Gruppe innerkirchlich wie politisch das Ziel, dass Schweizer Unternehmen weltweit die Menschenrechte einhalten. Ihr Anliegen hat sich auch innerkirchlich verbreitet und hat im Laufe der Zeit die Leitungsstrukturen der Kirchen erreicht. Auch in den Freikirchen wurde dieses Anliegen in der Sache offensichtlich weithin geteilt, denn beide freikirchlich getragenen Parteien, die EDU und die EVP, haben die Annahme der KVI empfohlen (<https://swissvotes.ch/vote/636.00>, abgerufen am 3.5.2021). Die katholische Kirche konnte sich auf die päpstliche Verkündigung und die katholische Soziallehre stützen. So waren schlussendlich über 650 Kirchengemeinden und Pfarreien und die Leitungen der reformierten Kirche und der katholischen Kirche engagiert. Wesentlich für den partiellen Erfolg der Initiative im Volksmehr waren, wie gesehen, aber vor allem jene Mitglieder der reformierten Tradition, die regelmäßig den Gottesdienst besuchen.

Wenn die Initiative dennoch scheiterte, lag dies nicht zuletzt an den externen Bedingungen. Die externen Erfolgsbedingungen (4) beziehen sich auf die näheren Umstände des *externen politischen* Wettbewerbs um Mehrheiten. Diese sehen bei Wahlen und parlamentarischen Entscheidungsverfahren, bei denen die Struktur des Regierungssystems und Koalitionsfragen stärker zum Tragen kommen (worauf Abb. 5 mit dem Verweis auf die Struktur des Regierungssystems abhebt. Vgl. exemplarisch Pickel 2016), etwas anders aus als beim direkten Stimmentscheid zu einer Initiative an der

Urne. Aber auch bei Volksinitiativen steht die Frage im Raum, wie Mehrheiten errungen werden, d.h. wer mit wem kooperiert bzw. koalitiert, wer für die Initiative eintritt, aber auch welche anderen organisierten Interessen der Initiative entgegentreten. In der KVI kam es zu einer unerwarteten Allianz der großen Schweizer Wirtschaftsverbände und des Schweizer Bauernverbandes (Hardegger 8.10.2020). Diese spezielle Allianz hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die überwiegend katholischen, ländlichen und zum Teil recht kleinen Zentralschweizer Kantone die KVI ablehnten. Dies sorgte dafür, dass das nach Schweizer Recht ebenfalls nötige „Ständemehr“, d.h. die Mehrheit für die Initiative auch unter den Kantonen unabhängig von ihrer Einwohnerzahl (Vatter 2020, 351–360), wie von den Initiativgegnern strategisch geplant und erstrebt, dann tatsächlich nicht zustande kam. Die Initiative scheiterte schlussendlich an diesen Kantonen. Die Initianten und mit ihnen die Kirchen konnten mit ihrem politischen Ziel, ein Lieferketten-gesetz für Schweizer Unternehmen durchzusetzen, gegenüber den Gegnern also letztlich nicht durchdringen.

Die hier komprimiert dargelegte strukturell-funktionale Analyse der Abstimmung erklärt also wesentlich differenzierter als die reine Mikro-Makro-Analyse des Abstimmungsverhaltens die Positionierung und den unterschiedlichen politischen Einfluss der katholischen und reformierten Kirchen. Insbesondere kann sie erklären, warum gerade das religiös engagierte Segment der reformierten (Frei-)Kirchen sich so vehement für die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen hat und dann schlussendlich – wie gezeigt – das Zünglein an der Waage für die Annahme im Volksmehr war, aber auch warum die KVI dann am Ständemehr doch scheiterte.

5) Politik und Religion im 21. Jahrhundert: Fazit und Forschungsperspektiven

Der vorliegende Beitrag hat das vielschichtige Themen- und Forschungsfeld von Politik und Religion aus der Perspektive der empirischen Politikwissenschaft vorgestellt. Dazu wurden Arbeitsdefinitionen von Politik und Religion eingeführt, die das Wechselverhältnis als ein Zusammenspiel von politischem Entscheiden (d.h. der gesamtgesellschaftlich verbindlichen Verteilung von materiellen und immateriellen Werten in einer Gesellschaft) und Religion vor allem in ihren organisierten Formen (d.h. als substantiell definierten, besonderen und primär auf Transzendenz Erfahrung und Kontingenzbewältigung ausgerichteten Entitäten) bestimmen. Für die empiri-

sche Erforschung wurde das ebenso gängige wie grundlegende politikwissenschaftliche heuristische Modell von *Polity*, *Policy* und *Politics* vorgestellt und mögliche Bezüge zu Religion angesprochen. Die Frage nach der Erklärung von religiösen Einflüssen in der Politik steht im Mittelpunkt des Beitrags. Anhand der Konzernverantwortungsinitiative wurden die Leistungen des empirisch-analytischen Paradigmas und des strukturell-funktionalen Politikmodells vorgestellt. Das empirisch-analytische Paradigma bietet die Möglichkeit, anhand von empirischen Daten Hypothesen zu Kausalzusammenhängen für eine begrenzte Anzahl von Variablen statistisch zu testen. Das strukturell-funktionale Politikmodell bietet sich an, wenn es darum geht, komplexe politische Prozesse aufzuschlüsseln und aus ihrer Entstehung heraus zu erklären. Dieser vielschichtige heuristische Zugriff ist wichtig, weil Religion und Religionen im politischen System und im politischen Entscheidungsprozess potenziell überall beteiligt sind.

Der Erkenntnisgewinn gegenüber dem *Common sense*, d.h. dem Akteurswissen in Politik und Gesellschaft, ist in beiden Fällen in der Regel sehr beachtlich. Ein methodologischer Pluralismus ist also sinnvoll und hilfreich: Im empirisch-analytischen Paradigma etwa ließ sich das Stimmverhalten in der Konzernverantwortungsinitiative als Ergebnis eines Mikro-Makro-Zusammenhangs erklären. Das statistische Modell konnte zeigen, dass Religion entgegen der öffentlichen Debatte in den allermeisten Fällen an der Wahlurne keine Rolle gespielt hat. Weder die Religionszugehörigkeit noch die Religiosität waren generell entscheidend für den Pro- oder Kontraentscheid in dieser so wichtigen, international beachteten Abstimmung. Zugleich förderte die Regressionsanalyse eine markante Ausnahme von diesem allgemeinen Ergebnis zu Tage. Die religiös engagierten Reformierten votierten mit sehr großer Mehrheit für die Initiative. In dieser Gruppe stimmte die politische Position der Mitglieder mit der Position der Kirchenleitungen überein. Ein näherer Blick auf die Daten zeigte deren letztlich sehr beachtlichen politischen Einfluss: Die gemeindeorientierten Mitglieder der reformierten (Frei-)Kirchen waren das Zünglein an der Waage. Sie sorgten für das knapp erreichte Volksmehr von 50,7 Prozent.

Warum aber waren die Kirchen insgesamt wenig einflussreich im Blick auf ihre Mitglieder? Diese Frage ist kaum nur empirisch-analytisch anzugehen. Für eine Antwort zeigten sich die Vorteile einer funktionalen und systemtheoretischen Herangehensweise. Sie bezieht die Kirchen und Religionsgemeinschaften als kollektive Akteure bzw. als Meso-Ebene in die Analyse ein. Der politische Einfluss von Religionsgemeinschaften als gesellschaftlichen Teilsystemen hängt vor allem von deren Fähigkeit ab, einen internen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess erfolgreich ab-

zuschließen und die so formulierte eigene Position in den politischen Wettbewerb um Koalitionen und Mehrheiten wirkungsvoll einzubringen. Die anspruchsvollen, mittel- und langfristig entscheidenden Voraussetzungen dafür liegen in der Fähigkeit von Religionen als soziale Systeme, sich der Umwelt anzupassen, ihre religiöse Botschaft wach zu halten, ihre Mitglieder und Organisationen zu integrieren und die grundlegenden Werte und Normen der Gemeinschaft aufrecht zu erhalten bzw. mitzuprägen. Das ist eine komplexe Aufgabe in einer zunehmend komplexer werdenden Umwelt.

In dieser systemtheoretischen Sicht liegt ein großer, in seiner ganzen Tragweite noch stärker zu profilierender Nutzen. Durch die starken Generalisierungen der heuristischen Modelle in Verbindung mit möglichen empirischen Analysen liegt ein besonderes Potenzial, inter- und transdisziplinäre Studien zu Politik und Religion und ggf. unter Einbezug von Wirtschaft theoretisch zu fundieren und praktisch zu strukturieren. Nahelegend sind relevante Schnittfelder von Religion, Wirtschaft und Politik wie etwa Forschungen zu Religion und Zivilgesellschaft, Religion und Sozialstaat, Religion und Migration, Religion und soziale Integration, Religion und Klimapolitik oder Religion und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Abschließend ist ein Hinweis geboten: Die hier zusammengefassten Problemstellungen, Perspektiven und Ergebnisse vornehmlich der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung stellen in der Praxis der Politikwissenschaft keineswegs ein zusammenhängendes Wissensgebiet dar. Sie verteilen sich vielmehr über die verschiedenen Subdisziplinen und vor allem unterschiedliche, oft von wissenschaftlichen Ansätzen und Vorlieben, aber auch von sprachlichen, nationalen oder konfessionellen Kontexten geprägten Diskursgemeinschaften. Eine wesentliche Voraussetzung für die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Wechselverhältnis von Politik und Religion in interdisziplinärer Perspektive ist daher die intensive Beschäftigung mit der (teils verstreuten) Forschungsliteratur. Ein sorgfältiger *Literature Review* ist ein wichtiger Startpunkt. Er kann heute unter Umständen schon eine eigenständige Forschungsleistung darstellen (Baylis et al. 2019; van Aaken und Buchner 2020). Darauf aufbauend steht für die empirische Erforschung von Religion in den Feldern von *Polity*, *Policy* und *Politics* ein umfangreiches theoretisches und methodisches Instrumentarium der Politikwissenschaft bzw. Sozialforschung bereit. Die im vorliegenden Beitrag vorgestellten Grundkonzepte und Systematisierungen leisten guten Dienste, wenn es darum geht, Politik und Religion zu analysieren. Man kann diesen Beitrag daher auch im Sinne einer *Toolbox* für eigenständige, weitere Forschungen verstehen und verwenden. Der Beitrag ist also eine Einladung zur weiteren Forschung, auch auf Masterstufe. Forschungslücken und For-

schungsaufgaben politikwissenschaftlicher wie interdisziplinärer Art gibt es genügend. Freiheitliche Gesellschaften und ihre demokratischen politischen Systeme sind es wert, auf ihre Bestandsbedingungen, Funktionsfähigkeit, Politikleistungen und Politikdefizite und entsprechende Ursachen untersucht zu werden, geht es aktuell doch um ihren weiteren Bestand und ihre Zukunftsfähigkeit in einer zunehmend komplexer werdenden Welt. Auch in den sich weithin als säkular verstehenden westlichen Gesellschaften und Demokratien bleibt daher das Verhältnis von Religion und Politik als ein komplexes Gefüge komplexer Größen politisch und gesellschaftlich relevant.

6) Auswahlbiographie

Liedhegener, Antonius/Tunger-Zanetti, Andreas/Wirz, Stephan (Hg.) (2011). Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld (= Religion – Wirtschaft – Politik, Bd.1) Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano Verlag.

Der bewährte einführende Band stellt u.a. in vier Kapiteln die Grundfragen und die bis 2010 erzielten Forschungsergebnisse in der politischen Systemforschung, der Vergleichenden Politikwissenschaft, den Internationalen Beziehungen und der politischen Theorie, d.h. den vier wichtigsten Subdisziplinen der Politikwissenschaft, vor. Insbesondere die Verweise auf die klassischen Studien der Politikwissenschaft im Forschungsfeld sind für den Einstieg in das Studium sowie eigene Forschungsarbeiten weiterhin sehr nützlich.

Haynes, Jeffrey (Hg.) (2016). Routledge handbook of religion and politics. 2. Aufl. New York, Routledge.

Das in zweiter Auflage vorliegende Handbuch liefert einen breiten Überblick über die Themen und Ergebnisse der internationalen, vorrangig englischsprachigen Forschung. Hervorzuheben sind insbesondere jene Kapitel, die das Verhältnis der verschiedenen ‚Weltreligionen‘ zur Politik in vorrangig theologischer und religionswissenschaftlicher Sicht ausleuchten – ein zentraler Aspekt, der in der Literatur sonst eher nachrangig behandelt wird.

Minkenberg, Michael (2024). Religion und Politik in westlichen Demokratien. Christliche Spuren in der spätmodernen Politik im Spannungsfeld von Konfessionskulturen, Säkularisierung und neuer religiöser Pluralisierung (= Politik und Religion) Wiesbaden, Springer VS.

Die Monographie des Politikwissenschaftlers Michael Minkenberg setzt neue Maßstäbe in der Einführungsliteratur. In einer konstruktiv-kritischen Sicht zeigt Minkenberg die bleibende Bedeutung von Religion und insbesondere christlicher Traditionen und Kirchen in westlichen Demokratien auf. Die Darstellung besticht zudem durch die breite Einbindung der generellen Erkenntnisse der Vergleichenden Politikwissenschaft, etwa zur Entwicklung von Parteiensystemen, zu den Grundlagen moderner Sozialstaatlichkeit oder der Policy-Forschung und deren Anwendung auf das Feld von Politik und Religion.

7) Hinweise zu Wissenschaftsorganisation in der Politikwissenschaft

Im Folgenden werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit wichtige Formen der Institutionalisierung mit dem Themenfeld Politik und Religion aufgelistet.

Forschungsverbünde: Politik und Religion (Universität Münster); Religion and Transformation (Universität Wien); Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP) (Universitäten Basel, Fribourg, Lausanne, Luzern, Zürich)

Führende Zeitschriften allgemein: American Political Science Review (APSR); Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP); Politische Vierteljahrsschrift (PVS); Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft/ Swiss Political Science Review (SPSR); Zeitschrift für Politik (ZfP); Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol); Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)

Zeitschriften Politik und Religion: Politics and Religion (keine Abkürzung – Journal of the Religion and Politics section of APSA); Politics and Religion Journal (keine Abkürzung); Politics, Religion & Ideology (keine Abkürzung); Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGP)

Politikwissenschaftliche Buchreihen zu Politik und Religion: Politik und Religion (Springer VS); Religion – Wirtschaft – Politik (Nomos – Pano by TVZ); Routledge Studies in Religion and Politics (Routledge)

Politik und Religion in Fachverbänden: Arbeitskreis „Politik und Religion/ Politics and Religion“ der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW); „Religion and Politics Section“ der American Political Science Association (APSA); Standing Group „Religion and Politics“ des European Consortium for Political Science (ECPR)

Politikwissenschaftliche Portale:

Portal für Politikwissenschaft: <http://www.pw-portal.de/> (Rezensionen);

Portal:Politics: <http://en.wikipedia.org/wiki/Portal:Politics> (Zugang US-Politikwissenschaft)

Politikwissenschaftliche Recherchertools:

Argus/GENIOS oder Swissdox: Zeitungsdatenbanken (nur im Netz von Universitäten frei verfügbar)

Bundesamt für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken.html> (Statistiken aller Art, vor allem Wahlen und Abstimmungen; analoge Seiten in anderen Ländern)

Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/> (Nachschlagewerke/ Zeitschrift APuZ online!)

Curia Vista Geschäftsdatenbank: <http://www.parlament.ch/d/dokumentation/curia-vista/seiten/default.aspx> (gesamter Gesetzgebungsprozess in der Eidgenossenschaft)

EU-Portal: https://europa.eu/european-union/index_de

Parties & Elections: <http://www.parties-and-elections.eu/> (Wahlergebnisse Europa)

Literaturverzeichnis

Alewell, Dorothea (2024): Management und Religion. Überlegungen aus der Perspektive der Betriebs- und Personalwirtschaftslehre. In: Antonius Liedhegener und Jens Köhrsen (Hg.): Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung. Baden-Baden, Zürich: Nomos; Pano by TVZ (Religion – Wirtschaft – Politik, 24).

Allport, Gordon W. (1979 [1954]). The nature of prejudice. 3. Aufl. New York, Basic Books.

Almond, Gabriel A./Powell, Bingham G./Dalton, Russell J./Strom, Kaare (Hg.) (2004). Comparative politics today. A world view. 8. Aufl. New York, Pearson/Longman.

- Bärsch, Claus-Ekkehard/Berghoff, Peter/Sonnenschmidt, Reinhard (Hg.) (2005). „Wer Religion erkennt, erkennt Politik nicht“. Perspektiven der Religionspolitik. Würzburg, Königshausen und Neumann.
- Baylis, Imogen/Beider, Harris/Hardy, Mike (2019). Cohesive societies literature review. British Academy. Online verfügbar unter <https://www.thebritishacademy.ac.uk/publications/cohesive-societies-literature-review/> (abgerufen am 31.05.2023).
- Berger, Peter L. (2013). Nach dem Niedergang der Säkularisierungstheorie, mit Kommentaren von Thomas Großbölting, Thomas Gutmann, Marianne Heimbach-Steins, Astrid Reuter und Ulrich Willems sowie einer Replik von Peter L. Berger. [engl. Original des Beitrags von Peter L. Berger: Further Thoughts on Religion and Modernity, in: Society 49(2012) 313–316]. Centrum für Religion und Moderne. Münster.
- Bernauer, Thomas/Jahn, Detlef/Kritzinger, Sylvia/Kuhn, Patrick M./Walter, Stefanie (Hg.) (2022). Einführung in die Politikwissenschaft. 5. Aufl. Baden-Baden, Nomos.
- Bernauer, Thomas/Jahn, Detlef/Kuhn, Patrick M./Walter, Stefanie (Hg.) (2018). Einführung in die Politikwissenschaft. 4. Aufl. Baden-Baden, Nomos.
- Bizeul, Yves (2009). Glaube und Politik. Wiesbaden, VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Blatter, Joachim/Haverland, Markus (2012). Designing case studies. Explanatory approaches in small-N research. New York, Palgrave Macmillan.
- Blatter, Joachim/Langer, Phil C./Wagemann, Claudius (Hg.) (2018). Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden, Springer VS.
- Bleisch, Barbara/Huppenbauer, Markus/Baumberger, Christoph (Hg.) (2021). Ethische Entscheidungsfindung. Ein Handbuch für die Praxis. 3. Aufl. Zürich, Nomos.
- Braunschweig, Michael U. (2021). Wie viel Politik verträgt die Religion? Wie viel Religion verträgt die Politik? Überlegungen im Rückblick auf das kirchliche Engagement im Abstimmungskampf zur Konzerninitiative. Theologische Zeitschrift 77 (3), 217–244.
- Butler, Judith/Mendieta, Eduardo/van Antwerpen, Jonathan (Hg.) (2011). The power of religion in the public sphere. New York, Columbia University Press.
- Casanova, José (1994). Public religions in the modern world. Chicago, University of Chicago Press.
- Diaz-Bone, Rainer (2018). Statistik für Soziologen. 3. Aufl. Konstanz, UVK Verl.-Ges.
- Easton, David (1979 [1965]). A systems analysis of political life. 2. Aufl. Chicago, UCP.
- Engi, Lorenz (2021). Das Engagement von Kirchen in Abstimmungskämpfen. Fribourg. IR-Paper 4.
- Esser, Hartmut (1999 [1993]). Soziologie. Allgemeine Grundlagen. 3. Aufl. Frankfurt a.M., Campus.
- Fox, Jonathan (2013). An introduction to religion and politics. Theory and practice. London, Routledge.
- Gabriel, Karl/Gärtner, Christel/Pollac, Detlef (Hg.) (2014). Umstrittene Säkularisierung. Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik. 2. Aufl. Berlin, Berlin Univ. Press.
- Gabriel, Oscar W. (2007). Politische Unterstützung. In: Dieter Fuchs/Edeltraud Roller (Hg.). Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart, Reclam, 234–237.
- gfs.bern (2021). Vox-Analyse November 2020. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. November 2020. Bern. Analysebericht.

- Gill, Anthony (2001). Religion and comparative politics. *Annual Review of Political Science* 4, 117–138. (abgerufen am 28.07.2020).
- Habermas, Jürgen (2001). *Glauben und Wissen*. Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2001. Laudatio Jan Philipp Reemtsma. 2. Aufl. Frankfurt a. M., Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2019). *Zwischen Naturalismus und Religion*. Philosophische Aufsätze. 3. Aufl. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Hardegger, Angelika (2020). Eine Retourkutsche und ein Deal: Warum die Bauern gegen die Initiative für Konzernverantwortung sind. *NZZ* vom 08.10.2020.
- Haynes, Jeffrey (Hg.) (2016). *Routledge handbook of religion and politics*. 2. Aufl. London/New York, Routledge.
- Haynes, Jeffrey (Hg.) (2021). *The Routledge handbook of religion, politics and ideology*. Abingdon, Oxon/New York, NY, Routledge.
- Heintz, Bettina/Tyrell, Hartmann (Hg.) (2015). *Interaktion – Organisation – Gesellschaft revisited*. Anwendungen, Erweiterungen, Alternativen. Stuttgart, Lucius & Lucius.
- Hidalgo, Oliver/Polke, Christian (Hg.) (2017). *Staat und Religion*. Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Hildebrandt, Mathias/Brocker, Manfred (Hg.) (2008). *Der Begriff der Religion*. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huntington, Samuel P. (1993). The clash of civilisation? *Foreign Affairs* 72 (3), 22–49.
- Huntington, Samuel P. (1996). *Kampf der Kulturen*. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Wien, Europa Verlag.
- Koenig, Matthias (2008). Pfadabhängigkeit und institutioneller Wandel von Religionspolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich. In: Karl Gabriel/Hans-Joachim Höhn (Hg.). *Religion heute, öffentlich und politisch*. Provokationen, Kontroversen, Perspektiven. Paderborn, Verlag Ferdinand Schöningh, 149–160.
- Köhrsen, Jens (2024): *Wirtschaft und Religion*. Zugänge der Religionsökonomie. In: Antonius Liedhegener und Jens Köhrsen (Hg.): *Religion – Wirtschaft – Politik*. Wege zur transdisziplinären Forschung. Baden-Baden, Zürich: Nomos; Pano by TVZ (Religion – Wirtschaft – Politik, 24).
- Layman, Geoffrey C. (2001). *The great divide*. Religious and cultural conflict in American party politics. New York, Columbia University Press.
- Liedhegener, Antonius (2006). *Macht, Moral und Mehrheiten*. Der politische Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit 1960. Baden-Baden, Nomos.
- Liedhegener, Antonius (2008). Religion in der vergleichenden Politikwissenschaft. Begriffe – Konzepte – Forschungsfelder. In: Mathias Hildebrandt/Manfred Brocker (Hg.). *Der Begriff der Religion*. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 179–196.
- Liedhegener, Antonius (2011a). Macht und Einfluss von Religionen. Theoretische Grundlagen und empirische Befunde der politischen Systemlehre und politischen Kulturforschung. In: Antonius Liedhegener/Andreas Tunger-Zanetti/Stephan Wirz (Hg.). *Religion – Wirtschaft – Politik*. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano Verlag, 241–273.

- Liedhegener, Antonius (2011b). Politik und Religion in der aktuellen politischen Wissenschaft. Mehr als politische Gewalt im Namen Gottes. *Zeitschrift für Politik* 58 (2), 188–212.
- Liedhegener, Antonius (2016). Religion in Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Politik in demokratischen politischen Systemen. Sechs Fallbeispiele und ein heuristisches Modell der empirischen politischen Theorie. In: Saskia Wendel/Judith Könemann (Hg.). *Religion, Öffentlichkeit, Moderne: Transdisziplinäre Perspektiven* (unter Mitarbeit von Martin Breul). Bielefeld, transcript Verlag, 93–127.
- Liedhegener, Antonius (2022). Zwischen Ich-Gesellschaft und Wir-Nation. Religionszugehörigkeit, Religiosität und der Umgang mit religiöser Vielfalt in der Schweiz. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6, 1–32 (online first). <https://doi.org/10.1007/s41682-022-00124-1>.
- Liedhegener, Antonius/Köhrsen, Jens (2024). Religion – Wirtschaft – Politik in interdisziplinärer Perspektive. Einführung. In: Antonius Liedhegener/Jens Köhrsen (Hg.). *Religion - Wirtschaft - Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung*. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano by TVZ.
- Liedhegener, Antonius/Odermatt, Anastas (2018). Religious affiliation as a baseline for religious diversity in contemporary Europe. Making sense of numbers, wordings, and cultural meanings. Working Paper 02/2018. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.5281/zenodo.1305212>.
- Liedhegener, Antonius; Odermatt, Anastas (2024): Soziale Identitäten, Religion und politische Kultur in liberalen Demokratien. Empirische Befunde. In: Antonius Liedhegener und Jens Köhrsen (Hg.): *Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung*. Baden-Baden, Zürich: Nomos; Pano by TVZ (*Religion – Wirtschaft – Politik*, 24).
- Liedhegener, Antonius/Tunger-Zanetti, Andreas/Wirz, Stephan (Hg.) (2011). *Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld*. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano Verlag.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967). Cleavage structures, party systems, and voter alignments. An introduction. In: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hg.). *Party systems and voter alignments: cross-national perspectives*. New York, Free Press, 1–64.
- Manea, Elham (2024). Religion und Bürgerkrieg. In: Antonius Liedhegener/Jens Köhrsen (Hg.). *Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung*. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano by TVZ.
- Mayntz, Renate (2005). Soziale Mechanismen in der Analyse gesellschaftlicher Makrophänomene. In: Uwe Schimank/Rainer Greshoff (Hg.). *Was erklärt die Soziologie? Methodologien, Modelle, Perspektiven*. Berlin, Lit, 332–341.
- Meyer, Thomas (2000). *Was ist Politik?* Opladen.
- Minkenberg, Michael (2011). Art. Religion und Politik. In: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hg.). *Kleines Lexikon der Politik*. 5. Aufl. München, Beck, 530–535.
- Minkenberg, Michael (2024). Religion und Politik in westlichen Demokratien. Christliche Spuren in der spätmodernen Politik im Spannungsfeld von Konfessionskulturen, Säkularisierung und neuer religiöser Pluralisierung. Wiesbaden, Springer VS.

- Minkenberg, Michael/Willems, Ulrich (Hg.) (2003). *Politik und Religion*. Wiesbaden, Westdt. Verl.
- Mols, Manfred (2012). Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin. In: Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hg.). *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. 7. Aufl. Paderborn u.a., Schöningh, 23–61.
- Moyser, George (1991). Politics and religion in the modern world: an overview. In: George Moyser (Hg.). *Politics and religion in the modern world*. London/New York, Routledge, 1–27.
- Odermatt, Anastas (2023). Religion und Sozialkapital in der Schweiz. Zum eigenwilligen Zusammenhang zwischen Religiosität, Engagement und Vertrauen. Wiesbaden, Springer VS.
- Patzelt, Werner J. (2013). *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*. 7. Aufl. Passau, Rothe.
- Pelinka, Anton (2005). *Vergleich politischer Systeme*. Wien – Köln – Weimar, Böhlau.
- Pickel, Gert (2016). Religion Matters in the USA. Das God Gap und die Abhängigkeit des Wahlerfolgs in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen von Religion und religiöser Identität. In: Christoph Bieber/Klaus Kamps (Hg.). *Die US-Präsidentschaftswahl 2012. Analysen der Politik- und Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden, Springer VS, 135–155.
- Pickel, Susanne (2020). Politische Kultur, Systemvertrauen und Demokratiezufriedenheit. In: Karl-Rudolf Korte/Martin Florack (Hg.). *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 1–16.
- Pollack, Detlef (2017). Probleme der Definition von Religion. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* (1), 7–35.
- Pollack, Detlef/Müller, Olaf/Pickel, Gert (2012). Church and religion in the enlarged Europe: Analyses of the social significance of religion in the East and West. In: Detlef Pollack/Olaf Müller/Gert Pickel (Hg.). *The social significance of religion in the enlarged Europe. Secularization, individualization and pluralization*. Farnham, Ashgate, 1–26.
- Pollack, Detlef/Rosta, Gergely (2015). *Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt, Campus Verlag.
- Rohe, Karl (1994). *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten: Eine Einführung in das politische Denken*. 2. Aufl. Stuttgart, Kohlhammer.
- Roßteutscher, Sigrid (2009). Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie. Eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften. Baden-Baden, Nomos.
- Saal, Johannes/Liedhegener, Antonius (2024). Religion und politische Gewalt. Neue empirische Erkenntnisse zu religiöser Radikalisierung und Terrorismus. In: Antonius Liedhegener/Jens Köhrsen (Hg.). *Religion – Wirtschaft – Politik. Wege zur transdisziplinären Forschung*. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano by TVZ.
- Schmidt, Manfred G. (2010). *Wörterbuch zur Politik*. 3. Aufl. Stuttgart, Kröner.
- Schneider, Heinrich (1997). Demokratie und Kirche – ein komplexes Gefüge komplexer Größen. In: Maximilian Liebmann (Hg.). *Kirche in der Demokratie – Demokratie in der Kirche*. Graz, Verlag Styria, 30–93.

- Smidt, Corwin E./Kellstedt, Lyman A./Guth, James L. (2009a). The role of religion in American politics: Explanatory theories and associated analytical and measurement issues. In: Corwin E. Smidt/Lyman A. Kellstedt/James L. Guth (Hg.). *The Oxford handbook of religion and American politics*. New York, Oxford University Press, 3–42.
- Smidt, Corwin E./Kellstedt, Lyman A./Guth, James L. (Hg.) (2009b). *The Oxford handbook of religion and American politics*. New York, Oxford University Press.
- Smith, Christian (1996). Correcting a curious neglect, or bringing religion back in. In: Christian Smith (Hg.). *Disruptive religion. The force of faith in social movement activism*. New York, Routledge, 1–28.
- Stein, Tine (2004). Religion. In: Gerhard Göhler (Hg.). *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden, VS Verl. für Sozialwiss, 315–331.
- Stolz, Jörg (2011). Das Forschungsprogramm der erklärenden Religionssoziologie. In: Antonius Liedhegener/Andreas Tunger-Zanetti/Stephan Wirz (Hg.). *Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld*. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano Verlag, 61–81.
- Stolz, Jörg (2012). Religion und Individuum unter dem Vorzeichen religiöser Pluralisierung. In: Christoph Bochinger (Hg.). *Religionen, Staat und Gesellschaft. Die Schweiz zwischen Säkularisierung und religiöser Vielfalt*. Zürich, NZZ, 77–107.
- Stolz, Jörg/Bünker, Arnd/Liedhegener, Antonius/Baumann-Neuhaus, Eva/Becci, Irene/Dandarova Robert, Zhargalma/Senn, Jeremy/Tanner, Pascal/Wäckerlig, Oliver/Winter-Pfändler, Urs (Hg.) (2022). *Religionstrends Schweiz. Religion, Spiritualität und Säkularität im gesellschaftlichen Wandel*. Wiesbaden, Springer VS.
- Taylor, Charles (2009). *Ein säkulares Zeitalter*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- van Aaken, Dominik/Buchner, Florian (2020). Religion and CSR: a systematic literature review. *Journal of Business Economics* 90 (5–6), 917–945.
- Vatter, Adrian (2020). *Das politische System der Schweiz*. 4. Aufl. Baden-Baden, Nomos.
- Wenzelburger, Georg/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.) (2015). *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden, Springer VS.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2011). Krieg, politische Gewalt und Frieden. Religion und ihre Bedeutung in den Internationalen Beziehungen. In: Antonius Liedhegener/Andreas Tunger-Zanetti/Stephan Wirz (Hg.). *Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszugänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld*. Baden-Baden/Zürich, Nomos; Pano Verlag, 305–324.
- Willems, Ulrich (2018). Religion und Politik. In: Detlef Pollack/Volkhard Krech/Olaf Müller et al. (Hg.). *Handbuch Religionssoziologie*. Wiesbaden, Springer VS, 659–692.
- Wolf, Christof/Roßteutscher, Sigrid (2013). Religiosität und politische Orientierung – Radikalisierung, Traditionalisierung oder Entkopplung? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 65 (S1), 149–181. <https://doi.org/10.1007/s11577-013-0222-9>.

